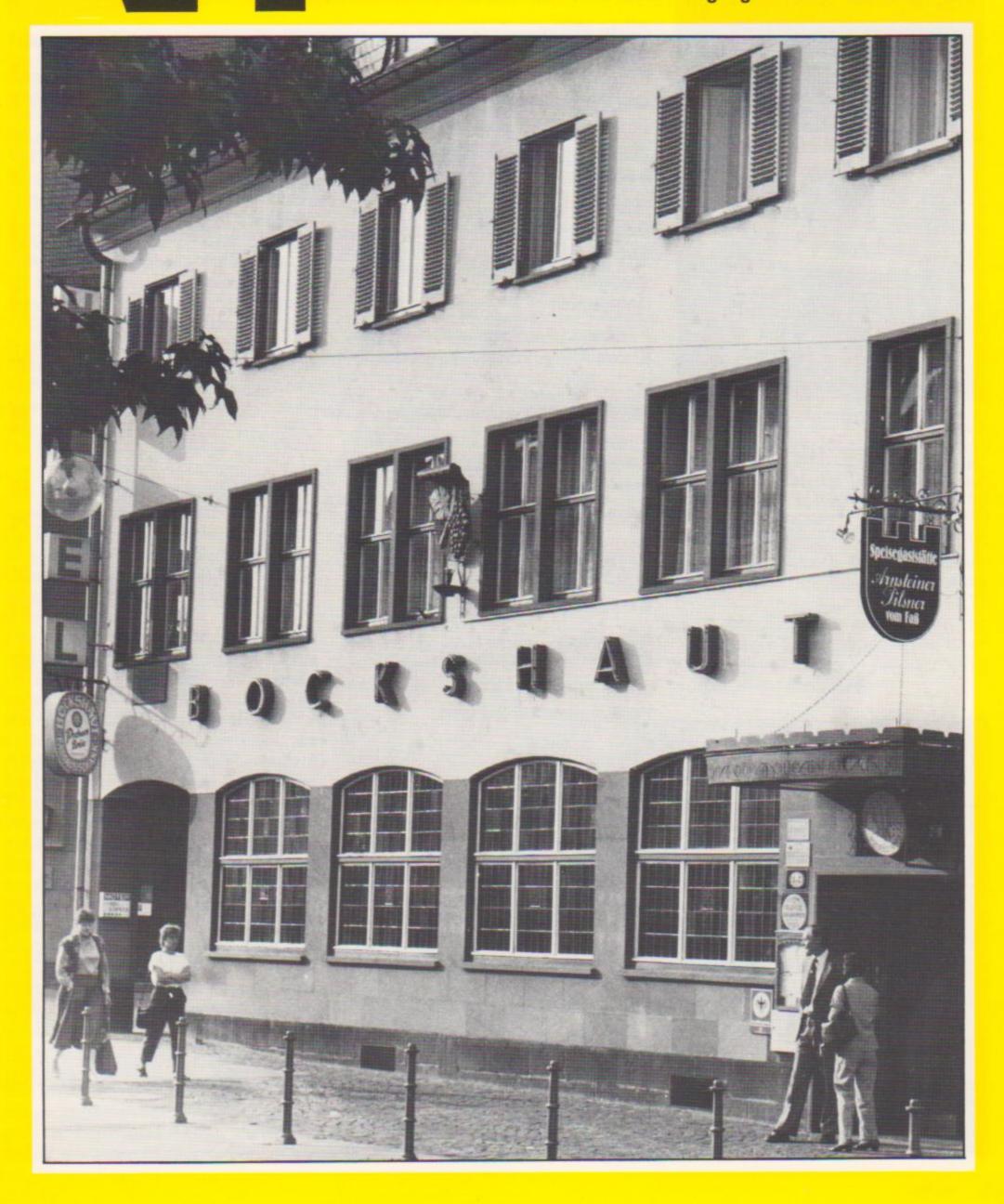
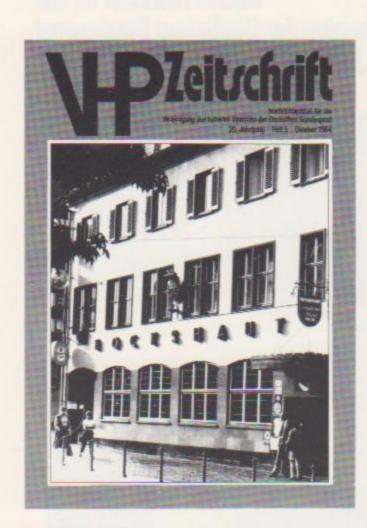
A La Deitschrift

Vereinigung der höheren Beamten der Deutschen Bundespost 20. Jahrgang · Heft 5 · Oktober 1984



INHALTSVERZEICHNIS



Zum Titelbild:

Am 9. und 10. Oktober 1954 fand im Restaurant Bockshaut in Darmstadt die Gründungsversammlung der "Vereinigung der Angehörigen des höheren Postdienstes" statt.

Nach 30jährigem Bestehen wird die "Vereinigung der höheren Beamten der Deutschen Bundespost" auf ihrer Beiratssitzung am 19. und 20. Oktober 1984 abermals diese Stätte als Treffpunkt auswählen.

Johann Paffen Aus der Arbeit des Bundesvorstandes	3
Alfred Müller AhD-Bericht über die Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes	5
Geschäftsverteilung im Bundesvorstand	6
Dr. Rolf Happe Zum Anspruch auf Akteneinsicht in die Bewerbungsunterlagen	7
Hans Stöver Das Unternehmen	10
Aus den Bezirken Stuttgart Darmstadt	13 14
Frieder Lauxmann Kleine Anmerkungen zu großen Denkern	16
Horst Plath Für Sie gelesen: "Unabhängig Denken"	18
Otto Barthel Fragebogenaktion bei den FEFAS-PTT Pensionären	19
PISS - Der Dreherfolg	20
Horst Kunz Leserbrief	21
BT-Anfrage	21
Horst Plath Eine endlose Geschichte	22
Otto Barthel Personalveränderungen	24

VHP-Zeitschrift

Herausgeber: Bundesvorstand der Vereinigung der höheren Beamten der Deutschen Bundespost, Postfach 12 00, 4600 Dortmund 1

Redaktion: Hans Jürgen Schark (verantwortlich); Werner Heise; Horst Plath; Peter Schmedes.

Anzeigenverwaltung: Anke Drewes.

Anschrift der Redaktion: Postfach 60 02 00, 2000 Hamburg 60, Telefon

(0 40) 63 88 45 40 und 63 88 46 10.

Die mit Namen gezeichneten Beiträge geben die persönliche Meinung der Verfasser wieder. Wenn sich diese mit der Meinung des Bundesvorstandes deckt, wird dies ausdrücklich erwähnt.

Druck: Kröger Druck, 2000 Wedel bei Hamburg



AUS DER ARBEIT DES BUNDESVORSTANDES

Johann Paffen

Gespräch der AhD mit Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU

Nachdem der Bundesvorstand der VHP am 02. 05. 84 einen Gedankenaustausch mit dem Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses des Bundestages, unserem Kollegen Dr. Bernhard Friedmann, hatte, nahm der Bundesvorsitzende Johann Paffen am 26. 06. 84 in Bonn an einem Gespräch mit Bundestagsabgeordneten der CDU/ CSU teil, das auf Einladung der "Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes" (AhD) zustande kam. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion war durch folgende Herren vertreten:

Dr. Miltner, stelly. Fraktionsvorsitzen-

Dr. Laufs, Vorsitzender des Arbeitskreises Inneres,

Broll, Mitglied des Innenausschusses, Vogelsang, Mitarbeiter der Fraktion. Ferner war der Leiter der Dienstrechtsabteilung des BMI, MinDir Breier, an-

Das in sehr aufgelockerter Form geführte Gespräch drehte sich zunächst um die Themen Nullrunde und Gleichbehandlung der Beamten mit den Tarifkräften bei zukünftigen Besoldungsverbesserungen. Dabei betonten die Abgeordneten einhellig, daß besondere Verbesserungen für den einfachen Dienst notwendig seien, um die Betroffenen aus der Nähe des Sozialhilfesatzes wegzubringen. Wenn dies in Form von Übergangsmaßnahmen realisiert werde, könne man das nicht als Nivellierung ansehen.

Zum Thema Absenkung der Eingangsbesoldung war es erfreulich zu hören, daß der Prüfauftrag der Bundesregierung in Richtung auf eine dauernde Absenkung der Eingangsbesoldung endgültig vom Tisch ist. Auf die Chancen für eine Rückgängigmachung der Absenkung angesprochen, hieß es, daß dies in erster Linie von den Ländern abhänge, auf deren Betreiben sie auch eingeführt worden sei. Ferner wiesen die Politiker auf die im Gesetz vorgesehenen Ausnahmemöglichkeiten bei Bewerbermangel hin.

Nach Auffassung der Abgeordneten haben die Vorschläge der Kommission zur Neuregelung der Versorgung, Beamte zur Beitragsleistung heranzuziehen, kaum Aussicht auf Erfolg.

Weitere Gesprächspunkte des Gedankenaustausches waren die Verkürzung der Arbeitszeit, Teilzeitbeschäftigung und Nebentätigkeit.

Gespräch des Bundesvorstandes mit dem HV der DPG

Am 20. 07. 84 kam der Bundesvorstand der VHP (Paffen, Pickert, Blankenstein, Nienhaus) zu einem intensiven Gedankenaustausch von mehr als 41/2 Stunden Dauer mit dem Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft in Frankfurt am Main zusammen. Die DPG war durch ihren Vorsitzenden Kurt van Haaren, ihren stelly. Vorsitzenden Emil Bock sowie die Herren Nissel, Czaika und Frau Zobeley vertreten.

Bei der Erörterung der Unternehmenspolitik setzten sich die Gesprächsteilnehmer der VHP im Unternehmensbe-

reich P für eine aktive Marktpolitik zur Stärkung der Nachfrage und Erfolgskraft, für eine Gebührenerhöhung in kleinen, kontinuierlichen Schritten sowie für eine Absenkung der Ablieferung an den Bund auf 62/3% der Betriebseinnahmen ein. Den Kunden zumutbare Rationalisierungsmaßnahmen zur Verbesserung der Kostenstruktur ohne Gefährdung von ganzen Dienstzweigen werden aber von der VHP angesichts des Defizits im Postbereich mitgetragen.

Die Vertreter der DPG brachten zum Ausdruck, daß sich ihre Gewerkschaft wie die VHP einer starken leistungsfähigen, mit guten Image versehenen und dem Gemeinwohl dienenden DBP verpflichtet fühlt.

Hinsichtlich von Rationalisierungsmaßnahmen – zumal wenn sie mit Einschränkung von Dienstleistungen und Personaleinsparungen verbunden sind - legten sie Zurückhaltung an den Tag, weil das BPM noch kein Gesamtkonzept zur Sanierung des Unternehmensbereichs P vorgelegt habe. Die DPG habe dem BPM eine ganze Reihe von Vorschlägen zur Gesundung des Postwesens vorgeschlagen, die aber nicht aufgegriffen worden seien.



AUNDESVORSTANDES AUBEITOES

Herr von Haaren äußerte die Sorge, daß Teilbereiche der Post privatisiert werden könnten, zumal da die ordnungspolitischen Vorstellungen des Bundespostministers zumindest noch keine klare Linie erkennen ließen, eher sogar in die verkehrte Richtung gingen. Auch die Begrenzung der Quersubventionierung auf 2 Mrd. DM, die von der VHP im Grundsatz als richtig angesehen wird, hält die DPG für nicht sinnvoll, da wesentliche Gestaltungsspielräume wie Personalkosten, Gebühren und Ablieferung an den Bund sich teilweise oder ganz dem Einfluß des Bundespostministers entziehen.

Die VHP hat nachdrücklich darauf hingewiesen, daß in der jetzigen Situation alles unterlassen werden müsse, was dem Ansehen der DBP in der Öffentlichkeit Schaden zufügen könnte. Die Leistungen des Personals der Post seien nach wie vor gut, und es müsse der Eindruck vermieden werden, als wenn die Betriebsgüte in letzter Zeit rapide nach-

gelassen habe.

Die Vertreter der DPG beklagten, daß sich nach dem Regierungswechsel das Klima in den Beziehungen zum BPM verschlechtert habe und das BPM die Tarifautonomie der DPG durch eine gezielte Verbeamtungspolitik aushöhle. Wir haben dem entgegengehalten, daß nach Auffassung der VHP Beamtendienstposten gem. §33 Abs. 4 GG vorrangig mit Beamten besetzt werden müßten.

In der Frage der Dezentralisierung von Verantwortlichkeiten ergaben sich insofern unterschiedliche Standpunkte, als die VHP eine solche Dezentralisierung bei gleichzeitiger Schaffung eines Instrumentariums für eine erfolgsorientierte Steuerung und Kontrolle befürwortet, während die DPG sich zwar im Grundsatz auch für eine Dezentralisierung ausspricht, die bisher bekanntgewordenen betriebswirtschaftlichen Kontrollinstrumente aber als nicht tauglich ansieht.

In der Berufspolitik waren u. a. die Anpassung der Bewertung an den Stellenplan, die Absenkung der Eingangsbesoldung, die kommende Besoldungsrunde, die Eigenbeteiligung der Beamten an ihrer Altersversorgung, der vereinfachte Aufstieg nach § 33 Abs. 3 BLV und die Verkürzung der Lebensarbeitszeit Gegenstand der Erörterungen.

Hinsichtlich der Absenkung der Eingangsbesoldung erwägt die DPG auch die Beschreitung des Rechtsweges. Als Ziele der kommenden Besoldungsrunde betrachtet sie die Durchbrechung der Nullrunde, die Ankoppelung der Beamten an die Tarifkräfte und den Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung (35-Stundenwoche). Die VHP setzte sich für eine gleichmäßige prozentuale Anhebung der Bezüge ein. Beide Verbände waren sich einig in ihrer Forderung, die "flexible" Altersgrenze für Zurruhesetzungen der Bundesbeamten wieder auf das 62. Lebensjahr herabzusetzen. Die DPG vertritt zur Eigenbeteiligung der Beamten an ihrer Altersversorgung die Auffassung, daß dies für sie isoliert – selbst bei entsprechender Sicherung der Nettobezüge – kein Thema sei, sondern daß diese Frage nur eingebunden werden könne in die Realisierung eines einheitlichen Dienstrechts.

Am Schluß des Gespräches war man sich einig, daß ein solcher Gedankenaustausch aufschlußreich und auch nutzbringend für beide Seiten ist, auch oder gerade weil es neben manchen Gemeinsamkeiten auch unterschiedliche Auffassungen gibt. Einigkeit bestand ferner in der Bereitschaft, diese Zusammenkünfte in regelmäßigen Zeitabständen fortzusetzen.

Achtung

Bundesweite
Mitgliederwerbeaktion

– 30 Jahre VHP –

Beginnen Sie schon heute,
es winken interessante
Preise.

Näheres im nächsten Heft

AhD

Bericht über die Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes

Neben den Rechenschaftsberichten der FEFAS und der FITCE wurde auf dem Delegiertentag 1984 in Bonn selbstverständlich auch ein Bericht über die Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes gehalten. Wir bedauern, daß dieser Beitrag aus unerklärlichen Gründen im Heft 4/84 nicht abgedruckt wurde, und bitten, das Versäumnis zu entschuldigen. Die Redaktion

Auch in diesem Jahr steht am Anfang des Berichtes über die AhD die Mitteilung, daß die Mitgliederzahl gewachsen ist. Der Hochschullehrerbund, in welchem sich 3 500 Hochschullehrer der Fachhochschulen und der entsprechenden Abteilungen der Gesamthochschulen zusammengeschlossen haben, ist der AhD beigetreten.

Die Zahl der höheren Beamten und vergleichbaren Angestellten, die bei den Mitgliedern der AhD organisiert sind, beläuft sich zu Jahresbeginn 1984 auf ca. 71400.

Die Inhalte der Arbeit der AhD waren diktiert von den Auswirkungen der Sparpolitik.

Als Schwerpunkte haben sich herausgebildet:

 die Abstufung der Eingangsämter; die Vorschläge der Kommission "Alterssicherungssysteme" zur Heranziehung der Beamten zu Beiträgen für die Altersversorgung;

 der Gesetzentwurf des Bundeslandes Hamburg zur Anrechnung privaten Erwerbseinkommens auf Versorgungsbezüge;

 die Nebentätigkeitsverordnung; das Beihilfewesen und die Handhabung der GOA.

Im einzelnen ist zu den verschiedenen Punkten folgendes zu vermelden: Zum Thema Abstufung der Eingangsämter hat sich die Arbeitsgemeinschaft, nachdem sicher war, daß eine solche Regelung unabwendbar wurde, für die Bundesratslösung engagiert. Das hatte den Grund, die üblen Auswirkungen wenigstens zeitlich zu begrenzen und zwar auf 4 Jahre. Weite Verbreitung der Bundesratslösung und Werbung für diesen Gedanken, haben den Kompromiß ermöglicht. Unsere Vereinigung hat es aber dabei nicht bewenden lassen

wollen, sondern wir haben in der Arbeitsgemeinschaft durchgesetzt, daß nunmehr an dem Thema weiter gearbeitet wird. Dies halten wir deswegen für notwendig, weil Sparmaßnahmen, die aus augenblicklicher Not oder Notwendigkeit getroffen werden, gerne zur Dauerlösung werden. Aus diesem Grunde haben wir darauf gedrängt, in der Schriftenreihe eine Ausarbeitung über das Thema erscheinen zu lassen. Die Expertise soll eine Gesamtschau der Problematik unter rechtlichen, verwaltungswissenschaftlichen und beamtenpolitischen Aspekten bieten, wobei auch die Effizienz einer solchen Maßnahme aufgeklärt werden soll. Die Arbeit wird von Herrn Professor Dr. Merten, Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, übernommen.

Wegen der Vorschläge der Regierungskommission zur Erarbeitung von Vorschlägen über die Harmonisierung der Alterssicherungssysteme hatte die Arbeitsgemeinschaft bereits im Sommer des Jahres 1983 eine Veröffentlichung vorgesehen. Herr Professor Krause von der Universität Trier hat sich eingehend mit den recht einseitigen, das Beamtentum treffenden Vorschlägen der Kommission und den ihnen zugrunde liegenden wissenschaftlichen Zuarbeiten auseinandergesetzt. Das Gutachten lag praktisch gleichzeitig mit dem Arbeitsergebnis der Kommission vor und ist in seiner vorläufigen Fassung sofort den Fachdienststellen des Bundesinnenministeriums zugeleitet worden. Das Gutachten wird in der nächsten Zeit erscheinen.

Das Bundesland Hamburg hatte im Bundesrat den Antrag eingebracht, Erwerbseinkommen pensionierter Beamter auf die Versorgungsbezüge anzurechnen. Ausgangspunkt dieser Initiative ist offenbar der Fall des pensionier-

ten Pressesprechers der Hansestadt. Dieser Vorschlag, der vom Bundesrat aufgegriffen worden ist, dürfte auf alle Schichten pensionierter Beamter, die noch nicht 65 Jahre alt sind, Auswirkungen haben. Auch zu diesem Problem, das wir in Konflikt mit der Verfassung sehen (Artikel 12 Grundgesetz), soll eine Veröffentlichung in der Schriftenreihe der AhD erscheinen.

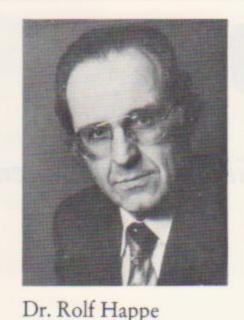
Die Nebentätigkeitsverordnung und die Probleme des Beihilfewesens sind zu "Dauerbrennern" geworden. Hierzu ist für unsere Interessenlage als Postbeamte eigentlich nichts wesentlich neues zu berichten. Zur Nebentätigkeitsverordnung ist positiv anzumerken, daß der Entwurf der Regierungsfraktionen einen Inhalt gewonnen hat, mit dem man leben kann. Die Extrempositionen des Entwurfes Kleinert/Doss dürften aus der Diskussion sein.

Mit allen diesen Themen hat sich die Arbeitsgemeinschaft außer in ihren Veröffentlichungen durch eine umfangreiche Korrespondenz mit allen in Frage kommenden Meinungsträgern und insbesondere in Übereinstimmung mit den Mitgliederverbänden geäußert. Außerdem fanden wichtige Gespräche statt. Nämlich: mit dem Bundesinnenminister Zimmermann; mit dem Staatssekretär des Bundesinnenministeriums Kroppenstedt und mit einer Gruppe von FDP-Abgeordneten als beauftragte ihrer Fraktion, bestehend aus den Abgeordneten Hirsch und Kleinert.

Mit allen Gesprächspartnern ist praktisch Einigkeit darüber erzielt worden, daß das Berufsbeamtentum zu schützen sei. Das ist, was den guten Willen betrifft, auch durchaus überzeugend. Die harten Fakten des politischen Alltags haben uns jedoch im vergangenen Jahr skeptisch werden lassen. Wir können aber davon ausgehen, daß die Regierungskoalition die Grenzen der vielfaltigen Abgrabungen an den Positionen des Berufsbeamtentums, die schließlich schädlich für das Gemeinwesen werden, erkannt hat.

Alfred Müller

GESCHÄFTSVERTEILUNG IM BUNDESVORSTAND



ZUM IN DI

während e

Auf der Bundesvorstandssitzung am 29. 06. 84 in Dortmund wurde die Geschäftsverteilung wie folgt festgelegt:

1	Berufspolitik (Koordination)	Paffen
1.1	Dienstrecht, Laufbahnfragen	Ricke, Henkel
1.2	Besoldung (u. a. Sonderopfer)	Dr. Happe
1.3	Bewertung	Bell
1.4	Aufgabenorientierte Bedarfsanpassung (Bemessung), Personalplanung	Heim
1.5	Führungsprobleme (incl. Dienstliche Beurteilungen)	Bock
1.6	Aus- und Fortbildung	Drewes, Henkel
1.7	Ruhestandsfragen	Barthel
1.8.1	Vertreter Ht im BV	Bell
1.8.2	Vertreter Pt im BV	Fischer
2	Unternehmenspolitik der DBP, Allgemein (u. a. Gebührenpolitik, Ablieferung an den Bund)	Pickert, Nienhaus
2.1	Unternehmenspolitik F	Pickert
2.2	Unternehmenspolitik P	Nienhaus
2.3	Organisation DBP	Wehran
3	Geschäftsführung der VHP	Blankenstein
4	Organisation der VHP	Blankenstein
4.1	Planung der Delegiertentage	Blankenstein
4.2	Kontakt zu den BzV	Wehran
4.3	Mitgliederwerbung	Schwarzkopf
5	Kontakte zu:	
5.1	Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes (AhD) (Ressortaufgaben durch zuständige Mitglieder des BV)	A. Müller
5.2	FITCE	Hufnagel
5.3	FEFAS	Dr. Brauns-Packenius
6	Berater für Pressearbeit	Jeromin
7	Besondere Aufgaben	Fischer
8	Redaktion der VHP-Zeitschrift	Schark, Heise, Plath, Schmedes, Drewes

Akteneinsicht in Bewerbungsunterlagen während des Stellenbesetzungsverfahrens

Nach Abgabe einer Bewerbung um einen anderen/höherwertigen Dp ist Akteneinsicht zu gewähren hinsichtlich der Stellungnahme des Vorgesetzten zur Bewerbung einschließlich der – ggf. umfassenden – Eignungsbeurteilung in bezug auf den erstrebten Dp. Eine aus diesem Bewerbungsanlaß etwa angefertigte ad hoc-Beurteilung ist dem Beamten ebenfalls zur Kenntnis zu bringen.

In der Praxis werden die einschlägigen Stellungnahmen/Beurteilungen mit dem Bewerber durchgesprochen und von jedem Einzelvorgang eine Durchschrift ausgehändigt.

Desgleichen wird dem Beamten eine Frist von 7 Tagen eingeräumt, um eine etwaige eigene Stellungnahme hierzu abzugeben.

Im übrigen sind dem Bewerber auch weitere Schriftstücke, die im Zusammenhang mit der Bewerbung entstanden sind, z. B. postbetriebsärztliche Tauglichkeit für den angestrebten Dp, auf Antrag für die Einsichtnahme freizugeben.

Als Richtschnur für die Ausübung des Einsichtsrechts durch den Bewerber sind die Vorgänge anzusehen, die nach Abschluß des Stellenbesetzungsverfahrens ohnedies zu den Pers A des Beamten gelangen und somit auch in Zukunft von dem Beamten nach § 90 BBG eingesehen werden können.

Zum Begriff und Inahlt der PersA i. S. des § 90 BBG

Nach § 90 BBG hat der Beamte ein Recht auf Einsicht in seine vollständigen PersA; dazu gehören alle ihn betreffenden Vorgänge.

Ob ein Vorgang hiernach als notwendiger Bestandteil zu den Pers A (im materiellen Sinne) gehört, hängt nach der ständigen Rechtsprechung des BVerwG davon ab, ob er seinem Inhalt nach den Beamten in seinem Dienstverhältnis betrifft (vgl. BVerwGE 12,296;

Stand: 29.06.84

ANSPRUCH AUF AKTENEINSICHT E BEWERBUNGSUNTERLAGEN

nes Stellungsbesetzungsverfahrens, nach Abschluß eines Stellenbesetzungsverfahrens

15,3; 36,134; 49,89; 50,301; 62,135). Zu den Vorgängen, die in diesem Sinne in einem inneren Zusammenhang mit dem Beamtenverhältnis stehen und deshalb Bestandteil der PersA sind, gehören – neben Personalunterlagen und dienstlichen Beurteilungen - nicht nur die Vorgänge, die den Inhalt des Dienstverhältnisses insgesamt oder einzelner aus ihm fließender Rechte oder Pflichten bestimmen oder verändern, sondern auch die Unterlagen, die die Art und Weise erhellen, in der die jeweilige Entscheidung vorbereitet worden ist, oder die Aufschluß über die Gesichtspunkte und Erwägungen geben, die für die einzelne das Dienstverhältnis berührende Maßnahme oder dafür, daß

sie unterblieben ist, maßgebend waren (vgl. BVerwGE 49,89; 59,355; 62,135). Für den erforderlichen inneren Zusammenhang zwischen dem angefallenen Aktenmaterial und dem konkreten Beamtenverhältnis kommt es entscheidend auf den Zweck an, dem die Vorgänge zu dienen bestimmt sind.

Wie das BVerwG ebenfalls wiederholt angeführt hat, gehören Vorgänge dann nicht zu den PersA, wenn der Zweck, zu welchem Vorgänge angelegt worden sind, außerhalb des durch das konkrete Beamtenverhältnis begründeten Rechts- und Pflichtenkreises liegt, nämlich wenn diese Vorgänge besonderen von dem Dienstverhältnis und der Person gerade dieses Beamten sachlich

zu trennenden Zwecken dienen (vgl. BverwGE 12,296; 36,134; 55,186).

Dies gilt auch dann, wenn das konkrete Dienstverhältnis eines einzelnen Beamten zwar berührt wird, diese Berührung aber gegenüber einem außerhalb dessen liegenden prägenden Zweck, zu dem die Vorgänge angelegt sind, zurücktritt.

Dienen Vorgänge nach dem Schwergewicht ihrer Zweckbestimmung einem über die Person des einzelnen Beamten hinausgreifenden Zweck, so vermag eine im Einzelfall gegebene tatsächliche Beziehung der Vorgänge zu einem Dienstverhältnis deren Zuordnung zu den PersA des betreffenden Beamten rechtlich nicht zu tragen.



Zum Inhalt und Begriff von Sachakten bzw. Stellenbesetzungsakten

Prägender Zweck von Stellenbesetzungsvorgängen ist, die Entscheidung über eine bestmögliche Besetzung eines freigewordenen Dp unmittelbar vorzubereiten. Von einer solchen Entscheidung und ihrer Vorbereitung können mehrere in Betracht kommende Beamte betroffen werden, ohne daß es dadurch zum hauptsächlichen Zweck der Vorgänge wird, Aussagen gerade über einen bestimmten Beamten zu machen und eine Entscheidung im Rahmen von gerade dessen Dienstverhältnis vorzubereiten. Mittelpunkt derartiger Vorgänge sind somit Überlegungen über die Anforderungen an den freien Dp mit anschließenden konkreten Besetzungsvorschlägen. Mit der hieraus sich ergebenden vorwiegenden Zweckbestimmung steht es im Einklang, derartige Besetzungsvorgänge als auf die betreffende Stelle bezogene Sachakten zu führen, ohne daß etwa Auszüge zu den formellen PersA aller Beamten genommen werden, die sich um die fragliche Stelle beworben haben: (BVerwG, Urteil vom 01. 07. 83 – 2 C 42.82 – in: DOD 1983,276 ff.).

Aus den angeführten Gründen sind daher u. a. folgende Schriftstücke der Einsichtnahme durch einen Bewerber nicht zugänglich und folglich den Sachakten zuzuordnen:

Bewerberverzeichnis

 Stellenbesetzungsbericht des Amtes mit konkretem Besetzungsvorschlag einschließlich Stellungnahme des PersR Schreiben der Fachabteilung

 evtl. Stellungnahme des Referates 17 bei sicherheitsempfindlichen Dienstposten

- evtl. Stellungnahme des

BzVMSchwb

- Schreiben der Personalabteilung an BzPersR mit Bestzungsvorschlag und Antwort des BzPersR

Zur Akteneinsicht durch dritte Mitbe-

Gegenüber Dritten gehören die - materiellen und formellen - PersA eines Beamten grundsätzlich zu den Vorgangen, die ihrem Wesen nach geheimzuhalten sind, s. a. BVerwGE 19,179. Der Beamte hat daher in seiner Eigenschaft als Mitbewerber ein Recht auf Geheimhaltung seiner PersA, das nur dann eine Auskunft oder Mitteilung durch den Dienstherrn an Dritte zuläßt, wenn überwiegend schutzwürdige Interessen der Allgemeinheit oder auch eines Dritten dies gebieten (BVerwGE 35,225). Die Ausübung des Rechts auf Einsicht in seine PersA steht gem. § 90 BBG nur dem Beamten zu, so daß Mitbewerbern die Einsichtnahme in fremde Bewerbungsunterlagen verwehrt ist.

Akteneinsicht durch Bewerber nach § 29 VwVfG

Ein Recht des Bewerbers auf Einsicht in die Stellenbesetzungsakten ergibt sich auch unter den Voraussetzungen des § 29 VwVfG. Diese Vorschrift enthält jedoch keinen Anspruch auf Akteneinsicht außerhalb eines laufenden Verwaltungsverfahrens. Das Einsichtsrecht für die Beteiligten im Sinne des § 13 Abs. 1 VwVfG - in der Regel Antragsteller und -gegner - beginnt hier frühestens mit der Einleitung des Verfahrens nach § 22 VwVfG und endet mit dem Abschluß gem. § 9 VwVfG.

Dieser Anspruch auf Einsichtnahme bedeutet jedoch eine beschränkte Aktenöffentlichkeit, weil sie einmal auf den Verfahrensbeteiligten abstellt, und in der Vorschrift des § 29 Abs. 1 Satz 2 VwVfG weitere Einsichtsbeschrän-

kungen vorsieht.

Die Gestattung der Einsicht gilt bis zum Abschluß des Verwaltungsverfahrens nicht für Entwürfe zu Entscheidungen sowie die Arbeiten zu ihrer unmittelbaren Vorbereitung. Die Vorschrift des § 29 Abs. 1 Satz 2 VwVfG dient vornehmlich dem Zweck, die Unbefangenheit in der Aktenführung und deren inhaltliche Vollständigkeit zu gewährleisten. Durch diese Regelung soll sichergestellt werden, daß durch die Einsichtnahme in noch nicht abschließend bearbeitete Entscheidungsentwurfe, die spater möglicherweise nicht die Billigung des Behördenleiters finden, unnötige Streitigkeiten entstehen. Eine wei-

tere Einschränkung des Einsichtsrechts nach § 29 VwVfG ergibt sich ferner aus Abs. 2 dieser Bestimmung. Hiernach ist die Behörde nicht verpflichtet, Einsicht in die Stellenbesetzungsakten zu gestatten, soweit die Vorgänge nach einem Gesetz oder ihrem Wesen nach, namentlich wegen der berechtigten Interessen der Beteiligten oder dritter Personen geheimgehalten werden müssen. Den obigen Gründen kann daher entnommen werden, daß ein Bewerber auch nicht unter den Voraussetzungen des § 29 VwVfG ein Einsichtsrecht in die zu den Sachakten zu zählenden Besetzungsakten erlangen kann, zumal es sich - wie oben dargelegt - im wesentlichen um Schriftwechsel handelt, der der Vorbereitung einer endgültigen Entscheidung z. B. einer Dienstpostenübertragung dient.

Akteneinsicht durch Bewerber in ihrer Eigenschaft als Prozeßbeteiligte nach § 100 VwGO

Das Recht auf Akteneinsicht erfaßt die gesamten, dem Gericht zur Entscheidung vorliegenden Akten, also einmal die Gerichtsakten selbst, ferner die zu diesen Akten beigezogenen Unterlagen, Beiakten und Urkunden. Jede von der Behörde vorgelegte Unterlage z. B. Stellenbesetzungsakte - kann eingesehen werden, die Behörde ist nicht berechtigt, die Einsicht in vorgelegte Akten oder Teile hiervon zu untersagen. Die engeren Voraussetzungen des Akteneinsichtsrechts nach § 29 VwVfG gelten im Verwaltungsprozeß nicht, so daß davon auszugehen ist, daß den Verfahrensbeteiligten gem. § 100 VwGO ein uneingeschränktes Einsichtsrecht in Stellenbesetzungsakten zusteht.

Nicht der Einsicht unterliegen nach § 100 Abs. 3 VwGO Entwürfe und vorbereitende Arbeiten zur Entscheidung. Hierbei handelt es sich aber nur um entsprechende Unterlagen des Gerichts, nicht um solche der Verwaltung in den vorgelegten Verwaltungsvorgangen. Desgl. sind dem Gericht gem. § 99 VwGO vorgelegte PersA dem Einsichtsrecht des gegnerischen Verfahrensbeteiligten entzogen, da PersA eines Beamten gegenüber Dritten grundsätzlich zu den Vorgängen gehören, die ihrem Wesen nach geheimzuhalten sind (BVerwGE 19,179).

Akteneinsicht in Bewerbungsunterlagen nach Abschluß eines Stellenbesetzungsverfahrens

Nach Abschluß des Stellenbesetzungsverfahrens durch Mitteilung "einer Dienstpostenübertragung" an den berücksichtigten Bewerber unter gleich-Benachrichtigung zeitiger Nichtberücksichtigung" hinsichtlich der abgelehnten Mitbewerber, gelangen die Bewerbungsunterlagen, soweit sie zu den PersA im materiellen Sinne gehören, zu den formellen PersA des jeweiligen Mitbewerbers. Alle anderen Vorgänge verbleiben bei den Sachakten. Auf die diesbezuglichen Ausfuhrungen hierzu - Seite 8 - wird Bezug genommen.

Das Einsichtsrecht eines "ehemaligen Bewerbers" in die nunmehr auf den letzten Stand gebrachten und daher wieder vollständigen PersA ergibt sich aus § 90 BBG. Dieses Akteneinsichtsrecht kann jederzeit geltend gemacht

werden.

Das Einsichtsrecht in Sachakten entfällt nicht nur während des Besetzungsvertahrens, sondern auch nach Abschluß desselben durch Vornahme der Dienstpostenübertragung. Auch § 29 VwVfG gewährt nach Abschluß des Stellenbesetzungsverfahrens kein Akteneinsichtsrecht mehr, da dieses Verfahren im Sinne des § 9 VwVfG beendet ist. Beschreitet ein Bewerber wegen seiner Nichtberücksichtigung den verwaltungsgerichtlichen Weg, wird das VG nach § 99 VwGO die Vorlage der Akten — das sind die Stellenbesetzungsakten und ggf. auch die PersA des Beamten, der durch Dienstpostenübertragung berücksichtigt worden ist – durch die Behörde anordnen.

Dem unterlegenen Bewerber steht jedoch - wie bereits ausgeführt - in seiner Eigenschaft als Verfahrensbeteiligter gem. § 100 VwGO lediglich das



Psychosomatik Durchblutungskrankheiten

D 8139 Bernried am Starnberger See Telefon 0 81 58 - 25 20

Indikationen

Beindurchblutungsstörungen (claudicatio, Schaufensterkrankheit) Angst- und Zwangsneurosen offene Beine (ulcus cruris) Gehirndurchblutungskrankheiten Menière (Schwindel, Tinnitus)

Depressionen (versch. Art) extr. Übergewicht Anorexie, extr. Adipositas Abhängigkeiten (keine Drogen)

ausführliche Diagnostik und Intensive vielfältige Therapie

Erfahrenes Team verschiedener Spezialisten unter der Leitung eines Univers.-Professors. Unterlagen auch telefonisch.

Recht zu, in die Besetzungsakten und damit auch in den Stellenbesetzungsbericht Einsicht zu nehmen, während das VG ihm unter Bezugnahme auf den Grundsatz der Geheimhaltung von Pers A keine Einsicht einräumen wird in die beigezogene PersA des bei einer Dienstpostenvergabe berücksichtigten Bewerbers.

Akteneinsichtsrecht und Fürsorgepflicht nach § 79 BBG

Wenn ein bei einer Dienstpostenvergabe nicht berücksichtigter Bewerber zwecks Wahrnehmung berechtigter Interessen von seiner Behörde nach Abschluß des Verfahrens Einsicht in den bei den Sachakten befindlichen Stellenbesetzungsbericht begehrt, gebietet es die Fürsorgepflicht, über einen solchen Antrag nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden. Es ist daher in der Praxis eine ermessensfehlerfreie Abwägung vorzunehmen zwischen den berechtigen Interessen des Antragstellers und den entgegenstehenden Geheimhaltungsinteressen der Mitbewerber, die mit ihren PersA-Daten im abschließenden Besetzungsbericht des Amtes miterwähnt worden sind.

Das Ermessen des Dienstherrn wird in einem solchen Falle in der Regel so gehandhabt werden können, daß in dem Umfang Einsicht in den Besetzungsbzw. Vorlagebericht zu gewähren ist, wie der unterlegene Beamte davon berührt wird und wie es die Nachvollziehbarkeit hinsichtlich der Ablehnung seiner Bewerbung erfordert.

Zur Wahrung der Geheimhaltungsinteressen des bei der Dienstpostenvergabe obsiegenden Bewerbers läuft dies konkret auf eine auszugsweise Einsichtnahme in den jeweiligen Besetzungsvorgang hinaus (s. a. BVerwG, Urteil vom 01. 07. 83 – 2 C 42.82 in: DOD 1983,276 ff.).

Ergebnis

Ein Bewerber hat während und nach Abschluß des Stellenbesetzungsverfahrens nur Einsichtsrecht in die Bewerbungsunterlagen, die zu seinen PersA im materiellen Sinne gehören.

In die Stellenbesetzungsakten der Verwaltung - vor allen Dingen in den Besetzungsbericht des Amtes - ist Einsichtnahme nur im Rahmen des § 100 VwGO und des § 79 BBG rechtlich zulassig.

Nachrichtlich:

Wegen der einschlägigen Entscheidung des BVerwG 2 C 42.82 vom 01. 07. 83 in: DOD 1983,276 wird an der insoweit gegenteiligen Entscheidung BVerwG VI C 30.72 vom 04. 08. 75 in: ZBR 1976,57 ff. nicht mehr festgehalten. Das gleiche gilt daher auch für das Urteil des OVG Rheinland-Pfalz – 2 A 201/79 - vom 07. 12. 80 in: DVBl 1981, 504.

Die beiden Urteile des BVerwG – 2 C 76.81 vom 30. 06. 83 in DVBl 1984,53 und 2 C 11.83 vom 30. 06. 83 in: ZBR 1984,42 — behandeln die Frage der Einsichtnahme in Gutachten, die im Zusammenhang mit der Besetzung von Hochschullehrerstellen eingeholt worden sind und verneinen die Zuordnung dieser Gutachten zu den PersA.



DAS UNTERNEHMEN

Einige aus der Praxis abgeleitete Gedanken zur Organisation des Fernmeldewesens

Hans Stöver

Planung und Planwirtschaft

Das Fernmeldewesen der Deutschen Bundespost ist am schlagkräftigsten, wenn die Fernmeldeämter nach Maßgabe einfacher Rahmenrichtlinien aus dem Bundespostministerium schnell und entschieden dem Marktgeschehen durch eigene Maßnahmen folgen können und dürfen. Das ist dann möglich, wenn sie weitgehend über alle Produktionsmittel in ausreichender Menge frei verfügen können und ohne zu viele einschränkende zentrale Regelungen einsetzen dürfen. Dieser weitgehenden Delegation der Aufgaben auf die Leistungsstufe sollte eine maßvolle aber präzise Kontrolle über hierarchisch gegliederte miteinader verknüpfte Datengegenübersteverarbeitungsanlagen hen.

Kein Unternehmen kann langfristig am Markt erfolgreich operieren, wenn es sich nicht Vorstellungen macht, wie sich die Lage am Markt weiterentwikkeln wird und wie man auf eine solche Entwicklung reagieren sollte.

Erwartet der Unternehmer zum Beispiel eine Verknappung eines von ihm benötigten Rohstoffes, so wird er lieber jetzt einkaufen als später, wenn sich der Rohstoff aufgrund der Knappheit verteuert hat; zeichnet sich am Markt eine Verknappung seiner Produkte ab, kann er überlegen, wie weit er die Preise erhöhen und gleichzeitig die Produktion ausweiten kann.

Ein Unternehmer könnte aber auch sein Augenmerk darauf richten, mit Hilfe von Krediten die Tätigkeit seiner Firma auszuweiten, wenn der Markt einen ausreichenden Gewinn verspricht, um die Kredite samt Zinsen wieder zu erwirtschaften; andererseits könnte er daran denken, einen Gewinn aus seiner unternehmerischen Tätigkeit zinsbringend anzulegen, wenn die Zinsen höher als die Rendite aus seiner Geschäftstätigkeit sind.

Diese Handlungsweise, Maßnahmen für die Zukunft, zum Beispiel aufgrund von Marktbeobachtungen, vorzuse-

hen, nennt man Planung.

Planen in diesem Sinne bedeutet nicht einfach nur, Vorsorgemaßnahmen konservativer Art zu treffen, zum Beispiel besondere Rücklagen zu bilden oder ähnliches, sozusagen seine Talente zu vergraben, wie es die Bibel ausdrückt. Nein, Planen bedeutet eher, am Markt aggresiv, aber planvoll handelnd aufzutreten, mit seinen Talenten zu wuchern, wie es die Bibel sagt.

Planvoll handeln heißt zum Beispiel, das Verhalten der Konkurrenten zu beobachten und sich auf deren mögliche Schachzüge eigene Reaktionsmöglichkeiten auszudenken; es bedeutet, neue Produkte zu ersinnen und zu entwikkeln, mit denen man vielleicht in völlig neue Märkte eindringen kann.

Vor einiger Zeit hat der Innenminister von Nordrhein-Westfalen gesagt:

"Um sich vor den Gefahren einer ungewissen Zukunft zu schützen, verließ sich der Feldherr Wallenstein auf seinen Astrologen. Aus dem Wunsch, die Entwicklung mit absoluter Sicherheit vorauszusehen und zu berechnen, verfehlte er den günstigsten Zeitpunkt des Handelns und wurde schließlich ermordet.

An die Stelle der Astrologie ist heute die Planung getreten. Jedoch bietet auch sie keine allzu große und schon gar keine absolute Sicherheit bei der Aufgabe, künftige Entwicklungen zu erkennen. Dennoch müssen laufend auf die Zukunft gerichtete Entscheidungen getroffen werden, wenn wir nicht durch Zaudern in die Situation des Feldherrn Wallenstein geraten wollen."

Dieses Wort des Innenministers zeigt, daß Planen zum Handeln führen soll und nicht zum Zögern. Es macht aber auch klar, daß Planung immer unsicher sein und bleiben wird, da sie auf eine unbekannte Zukunft ausgerichtet ist. Die Bedingungen, unter denen gehandelt werden muß, bleiben nicht gleich, sondern ändern sich; gerade deshalb muß man planen. Aber auch gerade aus diesem Grunde wird das Planen in vielen Fällen vergebens sein.

Der Sinn allen Planens ist also, sich auf zukünftige Entwicklungen vorzuberei-

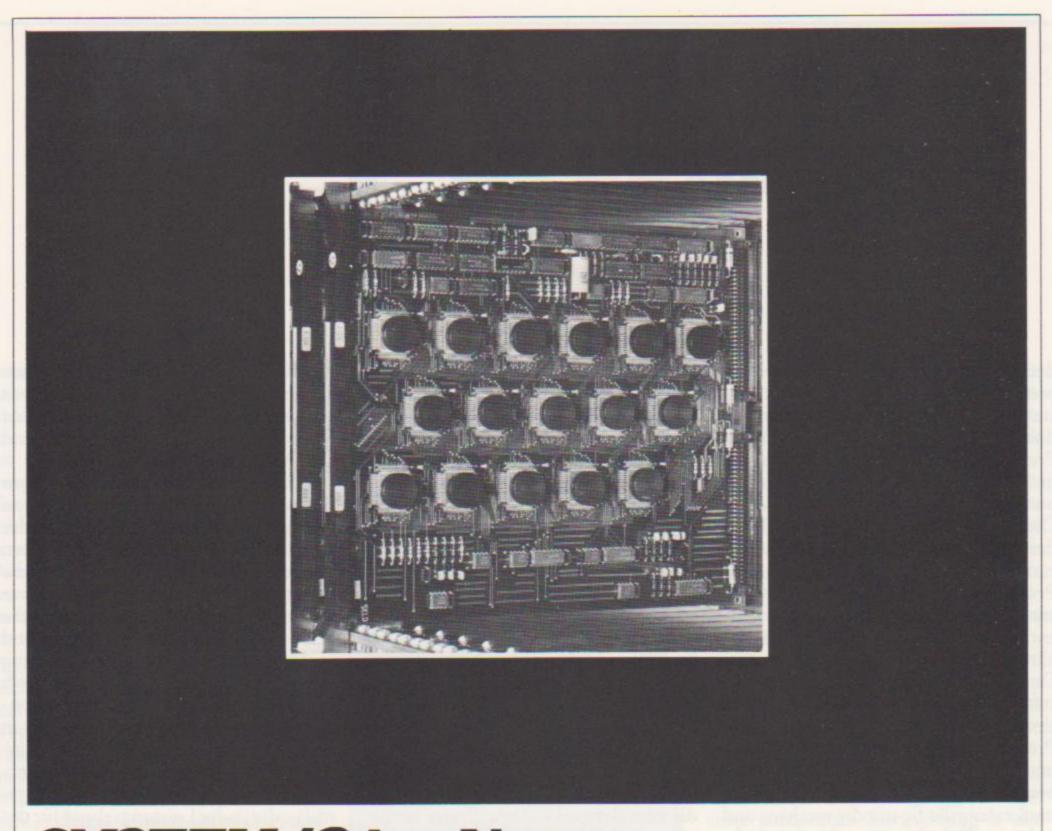
ten. Ganz offensichtlich kommt es darauf an, auf Anderungen der Verhältnisse schnell und richtig reagieren und neue Entwicklungen für das eigene Unternehmen erfolgreich nutzen zu kön-

Wenn es also beim Planen auf die Reaktionsfähigkeit eines Unternehmens bei Anderung der Randbedingungen ankommt, dann ist es notwendig, nicht nur einen Plan für eine bestimmte Anderung der Verhältnisse zu haben; man braucht Alternativen. Nimmt die Entwicklung einen bestimmten Verlauf, tritt die entsprechende geplante Handlungsmaxime in Kraft, bei einem anderen Verlauf wird ein anderer vorgeplanter Weg eingeschlagen.

Allerdings ist es ganz wichtig, daß Entscheidungen in die Zukunft rechtzeitig getroffen werden müssen, ob eine passende Planung vorliegt oder nicht. Falsche Pläne und überholte Vorentscheidungen muß man umstoßen, wenn sich andere als die erwarteten Entwicklungen einstellen. Hier gilt das Wort des Volksmundes: Je planmäßiger der Mensch vorgeht, um so wirkungsvoller trifft ihn der Zufall. Es gibt tatsächlich für ein Unternehmen fast nichts Schlimmeres, als wenn es eine Organisationsstruktur besitzt, die dazu führt, daß Planungen ausgeführt werden müssen, egal wie sich die Verhältnisse ändern und koste es, was es wolle. So etwas nennt man Planwirtschaft.

Die Planwirtschaft hat seit jeher eine große Faszination auf die Menschen ausgeübt, weil ihr Grundgedanke so logisch und einleuchtend ist.

Wenn alle Aktivitäten in einem Staat durch einen Gesamtplan koordiniert und geregelt werden können, dann können die Kosten der Produktion aller Güter und Dienstleistungen auf ein Minimum reduziert werden. Es entfallen zum Beispiel die Kosten für die Werbung, da ja gerade nur so viele Waren hergestellt werden wie benötigt. Es entfallen die Kosten, die sich aus dem Konkurrenzverhalten der Produzenten in der Marktwirtschaft ergeben würden, weil es keine Konkurrenz gibt und weil



SYSTEM 12 im Netz der Deutschen Bundespost

Die DBP hat sich für die Einführung von SYSTEM 12 in allen Varianten entschieden: Ende 1984 werden die ersten Serien-Fernvermittlungsstellen in Betrieb gehen, 1985 folgen Ortsvermittlungsstellen und die erste Erweiterung eines Auslandskopfamtes mit SYSTEM 12.

SYSTEM 12 ist das neue digitale Vermittlungssystem von SEL; erstmals wurde dabei in der Vermittlungstechnik das Prinzip der vollverteilten Mikrorechner-Steuerung durch eine bisher einmalige Lösung verwirklicht. Hierdurch ist es möglich, mit nur wenigen Baugruppentypen Orts-, Fern- und Auslandsvermittlungsstellen von kleinsten bis hin zu größten Aus-

baustufen wirtschaftlich zu realisieren. Eine technologische Meisterleistung unserer Ingenieure.

Die digitale Vermittlungstechnik bringt der DBP und ihren Kunden entscheidende Vorteile. Neben der beachtlichen Platzersparnis ist insbesondere die im Vergleich zur konventionellen Technik erheblich kostengünstigere, flexiblere und kurzfristigere Realisierung neuer Leistungsmerkmale, wie z. B. Service 130 hervorzuheben. Darüber hinaus schafft die Vermittlung von 64.000 bit/s-Kanälen die Voraussetzung, Text-, Bild- und Datendienste langfristig erheblich zu verbilligen und alle Dienste in einem gemeinsamen Fernmeldenetz ISDN zu integrieren.

Der Schlüssel zur Kommunikation von morgen: SYSTEM 12

Standard Elektrik Lorenz AG Geschäftsbereich Post Hellmuth-Hirth-Straße 42 7000 Stuttgart 40 Telefon (07 11) 8 21-0



den Herstellern alle Waren zu Kostenpreisen abgenommen werden. Es entstehen keine Kosten durch Überproduktion. Unternehmergewinne, die die Preise hochtreiben könnten, treten nicht auf; denn eine Warenverknappung kann es nach Plan nicht geben. Die ganze Energie und innovative Kraft der Menschen können zur Verbesserung des Plans, Qualitätssteigerung der Produkte und Verminderung der Kosten eingesetzt werden, die in marktorientierten Staatswesen in Konkurrenzkämpfen usw. "verschwendet" werden. Da sich die Preise allein nach den Kosten richten und die Kosten minimiert sind, wird jeder Bürger zu billigsten Preisen mit allen benötigten Produkten und Dienstleistungen versorgt. Der Lebensstandard in einem solchen Staat muß zwangsläufig ständig wachsen und in kurzer Zeit den in marktwirtschaftlich organisierten Ländern überholen.

Ein Blick auf die Wirtschaftsergebnisse der Staaten mit zentralistischer und planwirtschaftlicher Organisation zeigt, daß die Verhältnisse dort gar nicht so sind. Zwar lassen sich mit planwirtschaftlichen Methoden durchaus wirtschaftliche Erfolge erzielen, wenn die Bedingungen des Umfeldes das gestatten. Doch ist die Flexibilität bei Anderungen der Randbedingungen gering. Die Staaten des Ostblocks sind daher immer wieder gezwungen, ihre Wirtschaft mit Hilfe von marktwirtschaftlichen Instrumenten an die Anderung der Verhältnisse anzupassen.

Im planwirtschaftlichen System wird viel Energie und Personal zur Entwicklung des Plans und zur Kontrolle der Einhaltung desselben durch die Teilnehmer am Wirtschaftsleben gebraucht; Parkinson läßt schön grüßen. Denn wenn sich nicht jeder daran hält, gerät der Plan ganz hübsch durcheinander. Passiert eine Panne, zum Beispiel weil eine Maschine außerplanmäßig defekt wird oder ein ausländischer Zulieferer ausfällt, dann ist der Plan nicht mehr einzuhalten, wenn eine übermäßige Kostenreduzierung dazu geführt hat, daß Reserven fehlen.

Darüberhinaus ist fraglich, ob das Nachfrageverhalten der Bürger ernsthaft in einem starren Plan erfaßbar ist und ob die Bürger sich ihre Nachfrage vorschreiben lassen wollen.

In einem marktwirtschaftlichen System regelt der Markt das Wirtschaftsgeschehen selbstätig, da das Erfolgsstreben der Beteiligten zu einem gewissen Ausgleich der Interessen führt; es geht allerdings in der bei uns herrschenden sozialen Marktwirtschaft nicht ganz ohne Spielregeln, deren Einhaltung der Staat überwacht, damit die schwächeren Marktteilnehmer nicht von den stärkeren verdrängt werden können. Der Markt belohnt den, der sich marktkonform verhalt und günstiger anbietet als die Konkurrenten, und er bestraft die, die sich nicht marktgerecht zeigen, die zum Beispiel zu hohe Preise verlangen, die schlechte Qualität anbieten oder zuviel beziehungsweise zu wenig Geld für eine Ware oder Leistung zahlen wollen.

Offentliche Verwaltungen mit ihrer kameralistischen Wirtschaftsführung tendierten schon immer zu planwirtschaftlichem Verhalten. Es ist in diesem Zusammenhang nicht uninteressant, daß Lenin sich für den Aufbau des kommunistischen Staates die Deutsche Reichspost zum Vorbild genommen haben soll.

Aber auch viele große Wirtschaftsunternehmen haben sich offensichtlich gegenüber den Anderungen der Verhältnisse auf dem Markt während der letzten Rezession oft zu starr verhalten. Es scheint, daß man in der Konzernspitze glaubt, alle Fragen für die Peripherie eines Unternehmens in der Zentrale lösen zu müssen. Das führt, besonders bei Großunternehmen mit breiter Firmen- und Produktpalette zur Unfähigkeit, sich schnell und richtig an Marktanderungen anzupassen, da zentrale Pläne eben nur schwer zu ändern sind.

Auch die Deutsche Bundespost besitzt in ihrer heutigen Organisationsform und in ihrem Handeln starke zentralistische und planwirtschaftliche Züge.

Das drückt sich ganz klar in der Mangelwirtschaft des Beschaffungswesens aus, in letzter Zeit besonders bei den Geräten für das integrierte Text- und Datennetz.

Uberall, wo gehandelt wird, kommen Fehler vor und sind natürlich auch zu korrigieren. Manche Regelung in der Vergangenheit, die wegen eines kleinen Fehlers erlassen und später in die Dienstwerke eingearbeitet wurde, war sicher für das Unternehmen Deutsche Bundespost teurer als wenn man ab und zu kleine Fehler im Aufgabenvollzug zugelassen hätte. Man sollte nicht so oft mit Kanonen auf Spatzen schießen sondern den Ruf von Oberpostdirektionen und Amtern nach zentralen Regelungen zurückweisen, wenn die Einzelentscheidung in der mittleren Lenkungsstufe oder in der Leistungsebene für das Unternehmen besser ist.

Zentralistisches planwirtschaftliches Gebaren zeigt sich auch in der Tiefe der Regelungen, wie zum Beispiel in der Fernmeldeordnung. Die technischen Vertriebsberater, die Damen und Herren in den Telefonläden und viele andere Mitarbeiter strengen sich an, um für unser Unternehmen profitable Geschäfte in Gang zu bringen. Aber bei der geringen Flexibilität und hohen Genauigkeit dieses Instruments, sowie der Schwierigkeit, den Kunden die Bestimmungen vernünftig erklären zu können, ist das nicht einfach, vor allem da, wo Konkurrenz mit anderen Unternehmen herrscht. Hier wird mit ungleichen Waffen gekämpft. Dienstwerke in dieser Art führen bei den Mitarbeitern eher zum Aufgabenvollzug als zu begeistertem Willen zur Markteroberung. Ein gutes schlechtes Beispiel ist auch die Auswirkung der vorläufigen Ausbildungsordnung für den mittleren Fernmeldedienst auf die Güte unserer Dienstleistungen. Können Sie sich vorstellen, daß ein vernünftiger Unternehmer auf die selbstzerstorerische Idee käme, seine qualifizierten Mitarbeiter von ihren Arbeitsplätzen abzulösen und durch weniger qualifizierte zu ersetzen? Er wird wohl kaum seine



AUS DEN BEZIRKEN

kenntnisreichen Arbeitskräfte auf Arbeitsplätzen einsetzen, auf denen ein Anlernen als Ausbildung ausreicht.

Seit über anderthalb Jahren weisen wir auf die Probleme aus dieser Ausbildungsordnung hin. Es ist offensichtlich niemand bereit und in der Lage, eine solche Vorschrift mit ihrer langfristigen demotivierenden Wirkung zu ändern. Diese Unbeweglichkeit trotz Erkennens der Mängel scheint mir ein ganz besonders unangenehmer Ausfluß der zentralen Planwirtschaft zu sein.

Meines Erachtens muß vor allem im Bereich des kaufmännischen Verhaltens nach außen ein Umdenken einsetzen: Weg von der zentralistischen Planwirtschaft! Wenn wir es nicht schaffen, uns am Markt wie jede andere Firma darzustellen und zu tummeln, wenn es uns nicht gelingt, immer lieferfähig und dienstbereit zu sein, dann wird man eines Tages die Geduld mit uns verlieren und man wird unser Unternehmen in völlig andere Formen überführen. Hier sind wir alle aufgefordert, mitzudenken und mitzuhandeln. Es muß den Bürgern und unseren Kunden ganz klar werden, daß Beamte nicht dummer oder unbeweglicher als Angehörige von Privatfirmen sind.

Verehrte Kollegen, sorgen Sie bitte alle mit dafür, daß wir nicht in die Lage des Feldherrn Wallenstein kommen. Wir sollten eine kaufmännische und unternehmerische sowie planvoll marktwirtschaftlich handelnde Deutsche Bundespost wollen und mithelfen, daß sie das wird.

STUTTGART



Bundesminister Dr. Riesenhuber beim Bezirksverein Stuttgart

Am 23. März dieses Jahres hatte der Bezirksverein Stuttgart wieder - wie alljährlich im Frühjahr - zu einer Vortragsveranstaltung mit einem prominenten Redner eingeladen. Diesmal war es gelungen, den Bundesminister für Forschung und Technologie Dr. Heinz Riesenhuber als Vortragenden zu gewinnen. Das aktuelle Thema "Die Herausforderung der neuen Technologien im Spannungsfeld der Interessen" und der hohe Rang des Redners weckten bei unseren Kollegen natürlich außergewöhnlich reges Interesse. Dementsprechend war der große Vortragsraum, das Kasino des Postgiroamtes Stuttgart, bis auf den letzten Platz besetzt. Minister Riesenhuber wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt und erfüllte die Erwartungen seiner Zuhörer mit einem Brillantteuerwerk eines tesselnden und trei gehaltenen Vortrages.

Der Minister setzte sich zunächst mit der in den letzten 10 Jahren hierzulande geführten Diskussion über neue Technologien auseinander. Diese Diskussion sei im Prinzip so angelegt gewesen, als ob Technik an sich und in ihren wesentlichen Auswirkungen böse und verzichtbar sei.

Man habe auch gefragt, ob die weitere Entwicklung von Technik, Wissenschaft und Wirtschaft die begrenzten Ressourcen aufzehren würde. Schließlich habe man auch gefragt, ob unsere Welt als Folge des technischen Fortschrittes weniger lebenswert werden würde.

Wenn man aber diese Diskussion mit den vorhergesagten Konflikten aus heutiger Sicht betrachte, so stellte sich heraus, daß die Prognosen nur dort zutrafen, wo sie nie kritische Probleme gesehen hatten.

Insbesondere habe sich gezeigt, daß aus einer autonomen Entwicklung in der Gesellschaft der Umgang mit vielen Ressourcen sorgfältiger geworden sei, daß der Energiebedarf weniger stark angewachsen sei und daß der Bedarf an Rohstoffen spezifisch zurückgegangen und in absoluten Beträgen nur sehr gering gewachsen sei. Andererseits habe das Wachstum in jenen Bereichen ganz erheblich stattgefunden, die nicht rohstoffintensiv seien und im wesentlichen nur eine einzige Ressource bräuchten, welche zwar immer noch knapp, aber zugleich unerschöpflich sei, nämlich die menschliche Intelligenz. Das gelte für die Bereiche der Mikroelektronik, der Datenverarbeitung, der Kommunikationstechnik, der Automaten, Roboter und numerisch gesteuerten Maschinen, der Biochemie und der Materialwirt-

In allen diesen Bereichen hätten sich die ursprünglich angedeuteten Konflikte als virtuell herausgestellt.

Gleichwohl sei der Konflikt zwischen Okonomie und Okologie noch nicht bereinigt. Umweltschäden in unseren Wäldern hätten die Verantwortlichen überrascht. Frühe Anzeichen seien auch von der Wissenschaft übersehen worden. Solche Schäden ließen sich nur aufarbeiten, wenn wir die Technik zähmten und in Rahmenbedingungen



stellten, unter denen sie beherrschbar werde. Dabei gebe es 3 verschiedene Komponenten:

Erstens: Wir müßten die Ursachen der Schäden begreifen.

Zweitens: Wir müßten die Techniken haben, um die Schäden zu vermeiden. Drittens: Der Staat müsse dafür sorgen, daß beides zueinander passe, er müsse verläßliche Rahmenbedingungen setzen.

Gleichwohl sei zu fordern, daß Technologiefolgen in einer Atmosphäre des Vertrauens möglichst genau abgeschätzt und rechtzeitig in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Nötig sei ein Zusammenspiel mit Augenmaß zwischen Wissenschaft, Technik, Wirtschaft und Staat. Nur in diesem Zusammenspiel ließen sich Konflikte lösen, die Umwelt bewahren und unsere Wirtschaft zukunftsträchtig gestalten.

Es müsse vor allem gefordert werden, daß der Staat verläßliche und rationale Rahmenbedingungen für neuen Techniken setze. Daran habe es in der Vergangenheit leider gefehlt. So habe die Wissenschaft in der Bundesrepublik lange nicht gewußt, ob und unter welchen Bedingungen sie gentechnologische Forschung betreiben dürfe. Als Folge dieser Unsicherheit habe die deutsche Industrie viele Millionen DM an die Forschung der USA gezahlt, um nicht den Anschluß an die internationale Entwicklung zu verlieren.

Der Minister setzte sich auch mit der Diskussion über Mikroelektronik und Arbeitsplätze auseinander.

Die Frage, ob durch neue Technologien Arbeitsplätze vernichtet würden, sei eine berechtigte Frage. Die Frage sei aber nur dann vollständig und der Konflikt sei auch nur rational diskutierbar, wenn wir gleichzeitig fragten, was passiere, wenn wir auf neue Technologien verzichteten.

Es sei abzusehen, daß wir durch den technischen Wandel Arbeitsplätze verlieren, daß wir aber gleichzeitig in neuen Industrien neue Arbeitsplätze schaffen würden. Eine dynamische Industriegesellschaft könne nun einmal nicht neue Techniken verhindern und Arbeitsplätze mit alter Technik erhalten. Das habe das bittere Beispiel unseres Werkzeugmaschinenbaues deutlich gelehrt.

Im übrigen hätten wir die Arbeitslosigkeit heute ja gar nicht in den Branchen und in den Ländern, die die neue Techniken eingesetzt hätten. Und wenn wir den technischen Wandel nicht im eigenen Lande vollzögen, so würde zukünftig dennoch auf den Weltmarkt eine hervorragende, ausgereifte und in Großserie verfügbare Technik drängen, nur eben nicht "made in Germany", sondern "made in Japan".

Der Minister plädierte abschließend für eine vernünftige Auseinandersetzung mit den Risiken neuer Techniken, eine Abschätzung ihrer Gefahren und eine rechtzeitige und offene Diskussion.

Denn wenn man bei neuen Techniken nicht rechtzeitig und offen auf mögliche Ängste und Fragen eingehe, so führe das zu einer emotionalen, einer irrationalen Diskussion.

Im Anschluß an seinen Vortrag stellte sich Minister Riesenhuber noch einer sehr regen und engagierten Diskussion. Das Fazit: Es war wiederum eine wohlgelungene Veranstaltung, die die hohen Erwartungen voll erfüllte.

Paul Burkhardt

DARMSTADT

Zur Weinprobe nach Oppenheim hatte der Bezirksverein Darmstadt am Freitag, dem 31. August eingeladen.

Bestens organisiert von Kollege Reichhardt – FTZ – verlief die kleine Exkursion zur Landskrone und wieder zurück nach Oppenheim.

Eine Besichtigung der Katharinenkirche unter der wirklich guten Führung von Pfarrer Weber schloß sich an.

Der Hugenottenkeller war der richtige Ort, um unter der kundigen Führung des Wirtes, Herrn Gillot, die Weine Rheinhessens zu studieren. Außer mit Essen und Trinken wurde die Mannschaft mit flotten Sprüchen und schnurrigen Winzergeschichtchen versorgt. Kennen Sie die?

Ein Winzer fühlt sich unwohl und geht zum Arzt. Der kann im Grunde nichts finden, rät aber dem Winzer, den tägli-



chen Konsum von 5-6 Flaschen Wein vorübergehend zu halbieren um festzustellen ob sich sein Zustand verbessern würde. Der Winzer war einverstanden und ging. Doch an der Tür drehte er sich noch einmal um und fragte den Doktor: Wie wär's denn, wir verdoppeln die Menge und beobachten ob sich mein Zustand verschlechtert?

Das Bild wurde übrigens vor der Weinprobe aufgenommen; wie man sieht war die Mannschaft auch schon vorher gut gelaunt!

Werner Hufnagel

Über rund 40 km ging die diesjährige Wanderung des BzV am 26./27. Mai dieses Jahres.

Bestens organisiert von Kollege Kaufer - und seiner Frau - führte der Weg quer durch die Rhön über die Milseburg zur Wasserkuppe, wo uns nach dem Mittagessen der Bürgermeister von Gersfeld begrüßte und unter den Kollegen einen Rundflug für 2 Personen verloste (gestiftet vom Kollegen Kaufer, der selbst fliegt).

Am Nachmittag gings der Fulda entlang - von der Quelle abwärts - nach Gersfeld, wo alle ihre vorbereiteten Quartiere fanden.

Trotz heftigen Regens (siehe Bild) ließ sich die Gruppe nicht abhalten, am zweiten Tag den Anstieg zum Kreuzberg zu wagen. Daß einige den Abstieg nach Bischofsheim nicht mehr mitmachten, lag nicht am Wetter - das hatte sich wieder gebessert - und schon gar nicht an der Kondition, die war ausgezeichnet, sondern am guten Bier der Klosterschänke.

Werner Hufnagel



KLEINE ANMERKUNGEN ZU GROSSEN DENKERN

Laotse: Unübersetzbares Tao

Es ist so gut wie unmöglich, den altchinesischen Text des Taoteking (oder Tao-Tê-King) in heutigem Deutsch auch nur einigermaßen eindeutig wiederzugeben. Aber wer mehrere Übersetzungen miteinander vergleicht, der beginnt zu ahnen, was der "alte Meister" (so etwa wird das Wort Lao-tse übersetzt) gemeint haben könnte. Wer aber war der "alte Meister"? Ob er 604 v. Chr., 571, zu einer anderen Zeit, oder aber als Legendengestalt überhaupt nicht geboren ist, darüber wird immer noch gerätselt.

Nach der Legende soll sich Laotse im Alter, enttäuscht von den Zuständen in China, in die Emigration begeben haben. Am Grenzpaß Han Gu verbot ihm der Zöllner den Export seiner geistigen Habe. Laotse diktierte deshalb einem jungen Mann seine gesamte Lebensweisheit, die somit im Lande blieb, und verschwand in Richtung Westen. Diese Legende hat sogar noch Bertolt Brecht zu einer Reimerei veranlaßt.

Was das Tao ist, kann keiner wissen. Mit dieser Einsicht beginnt schon das Buch "Laotses sämtliche Werke" in 81 Sprüchen: das Taoteking.

"Das Tao, über das ausgesagt werden kann, ist nicht das absolute Tao. Die Namen, die gegeben werden können, sind keine absoluten Namen." So übersetzt den Text der Chinese Lin Yutang. Die Übersetzung von Richard Wilhelm beginnt so:

"Der SINN, der sich aussprechen läßt, ist nicht der ewige SINN. Der Name, der sich nennen läßt, ist nicht

der ewige Name."

Andere übersetzen Tao mit "Weg" oder sogar mit "Bahn" und ähnlichem. Man könnte das Wort Tao auch mit "Gott" übersetzen, darf ihn sich dann allerdings nicht gewissermaßen als "Persönlichkeit" vorstellen wie den gelegentlich jähzornigen Jahwe im Alten Testament, dessen Name übrigens auch nicht ausgesprochen werden durfte.

Im 25. Spruch wird Laotse etwas

deutlicher. Dort sagt er:

"Ehe Himmel und Erde bestanden, war etwas Nebelhaftes: Schweigend, abgeschieden, alleinstehend, sich nicht ändernd, ewig kreisend ohne Unterlaß. Würdig, die Mutter aller Dinge zu sein. Ich weiß seinen Namen nicht und spreche es ,Tao' an."

Tao ist aber nicht eine Schöpfergestalt, sondern eher Weg, Sinn, Logos, so wie ja auch viel später der Evangelist Johannes seinen Bericht mit dem Satz beginnt: "Am Anfang war das Wort."

Laotses Lehre kann man etwa so beschreiben: Man soll immer bestrebt sein, das Tao (den Sinn) zu erfassen und danach zu leben. Wem es gelingt, dabei Streben nach Besitz, Wißbegier und Geschäftigkeit abzulegen, der ist - je nach Übersetzung -

- der Weise (Lin Yutang, Fischer TB 89),

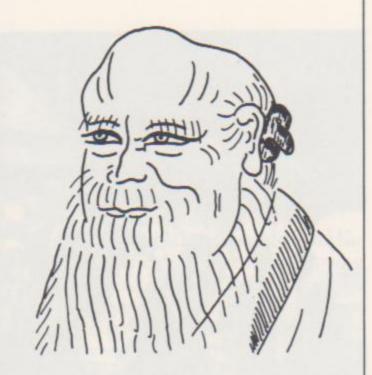
- der Heilige Mensch (Günther Debon, Reclam Bd. 6798),

- der Berufene (R. Wilhelm, Eugen-Diederichs-Verlag),

- der Vollendete (Alexander Ular, Insel Bücherei 991).

Damit aber nicht genug. Laotse spricht nämlich nicht von weltabgeschiedenen Einsiedlern, sondern von Staatsmännern und Politikern. Seine Tugend des Nichtstuns besteht weniger in der Passivität als im aktiv beobachtenden Gewährenlassen, im Nichteingreifen, Nichtaufzwingen. Modern ausgedrückt: im Bewahren der sich selbst regulierenden Systeme. "Der Berufene handelt nicht, so verdirbt er nichts. Er hält nicht fest, so verliert er nichts . . . Er hält nicht wert schwer zu erlangende Güter. Er lernt das Nichtlernen. Er wendet sich zu dem zurück, an dem die Menge vorübergeht. Dadurch fördert er den natürlichen Lauf der Dinge und wagt nicht zu handeln." (Spruch 64)

Laotse spricht sehr oft paradox und verhindert dadurch billige Rezepte: "Wer gut die Feinde zu besiegen weiß, kämpft nicht mit ihnen. Wer gut die Menschen zu gebrauchen



weiß, der hält sich unter ihnen." (68) Auch zur Rüstungspolitik machte sich der Alte schon seine Gedanken: "Wage es nicht, ein Zollbreit vorzurücken, sondern weiche lieber ein Fußbreit zurück. Das heißt, ohne Schlachtordnung marschieren, die Armel nicht aufkrempeln, nicht frontal angreifen, rüsten ohne Waffen . . . Wenn sich zwei gleich starke Heere treffen, siegt der, der es schweren Herzens tut." (69)

Wie sich Laotse einen solchen Sieg vorstellt, sagt er zwar nicht, aber es kann für ihn keinen ruhmreichen Sieg geben, eher einen der Selbstüberwin-

dung:

"Wer die Verleumdung der Welt auf sich nimmt, ist der Bewahrer des Staates. Wer selbst die Sünden der Welt trägt, ist der König der Welt."

Der Prophet Jesaja sagte unabhängig von Laotse ganz ähnliche Worte vom kommenden Messias.

Wer alles nur mit dem Verstand erfassen will, der wird das Tao nicht erkennen. Daher sagt Laotse:

"Ein guter Redner braucht nichts zu widerlegen. Ein guter Rechner braucht keine Rechenstäbchen." (27) Noch moderner ausgedrückt: Ein guter Chef fragt nicht erst den Com-

Frieder Lauxmann

SCHON BEI EINEM JAHRESEINKOMMEN VON DM 30.000/60.000 MINDERT UNSER STEUERSPARKONZEPT IHRE

Steuerlast! Trotz der Sparmaßnahmen für den Öffentlichen Dienst, die der Beamtenschaft eine Vermögensbildung aus Nettoeinkommen immer mehr erschweren und die künftigen Ruhegeldansprüche einschränken, haben wir für Sie einen Weg gefunden, die negativen Folgen daraus zu überbrücken.

Was bisher nur Großverdienern vorbehalten war, ist nunmehr auch Beamten – und zwar bereits mit einem Einkommen ab DM 30.000.– für Ledige und DM 60.000.– für Verheiratete – möglich, nämlich:

eine höhere Vermögensbildung und eine bessere Altersvorsorge als durch staatliche Sparförderung wie Prämiensparen, Bausparen etc. ● höhere Renditen als durch Kontensparen, Berlindarlehen, Rentensparen und Festgeldanlagen ● Renditen ab 15% bei kleinstem Risiko mit inflationsgeschützter Sachwertanlage ● hohe Renditen auch bei nur mittelfristiger Kapitalbindung ● überschaubare, steuerrechtlich abgesicherte Konzeption

Zur Verdeutlichung folgendes Beispiel:

Angenommenes jährliches Einkommen DM 70.000.-, verheiratet, 8% Kirchensteuer. Bei einem monatlichen Sparbetrag von DM 296.- haben Sie beim üblichen Banksparen (7% Jahreszins) nach 8 Jahren ein Kapital von DM 33.495.- zur Verfügung. Die Zinsen müssen versteuert werden. Steuern sparen können Sie dadurch nicht. Mit einem von uns entwickelten Konzept sparen Sie ebenfalls DM 296.- im Monat, können jedoch zusätzlich DM 595.- an Steuern einsparen. Bei nur 5% Wertsteigerung jährlich, beginnend 1985, erwirtschaften Sie damit DM 101.588.-, was einer jährlichen Rendite von 27% entspricht. Und dieser Betrag ist gegenüber Banksparen steuerfrei!

Wenn Sie sich also näher über Ihre persönlichen Möglichkeiten, Steuern zu sparen, informieren wollen, kostenlos und unverbindlich natürlich, dann senden Sieunseren Info-Coupon an untenstehende Adresse.

> Coupon bitte ausfüllen, ausschneiden und einsenden an:

A, näher informiere eine Berechnung auf de steuernden Einkommen	er Basis meines zu vei
ca. DM	zukommen.
Name/Vorname	termit simble skil
ledig/verheiratet/	Kinder
Straße	and verification from
Ort	Control Control
Telefon	
Vermögensbildungsgesell Selbsthilfe-Vereinigung 8602 Buttenheim	

FÜR SIE GELESEN

"Unabhängig denken"

Von der Information zur eigenen Meinung

Dr. Frieder Lauxmann, der mit seinen brillanten und kritischen Beiträgen zu den Stammautoren der VHP-Zeitschrift zählt, hatte bereits mit seinem 1977 erschienenen Buch "Weniger wissen – mehr verstehen" eine handfeste und anschauliche Abrechnung mit unserem Streben nach immer mehr Wissensbesitz geführt.

In seinem neuesten Buch "Unabhängig denken" bietet Lauxmann jetzt eine Einführung in eine Kunst, die durch vordergründiges Zweckdenken und reines Faktenwissen immer mehr in Vergessenheit geraten ist. Es ist dies die Kunst eines "alternativen" Denkens. Sein Buch und das dazugehörige Begleitheft eignen sich ausgezeichnet zum Selbststudium, dienen aber zugleich als Grundlage für Seminare und Gruppenarbeit.

Um den Leser die eigene Freude an der Aufnahme dieser Lektüre nicht zu nehmen, ihn aber dennoch ein wenig neugierig auf die Zusammenhänge und Folgerungen zu machen, sollen hier aus den zehn Kapiteln dieses Buchs nur einige Ansätze kurz wiedergegeben werden.

Technokratisches und intuitives Denken

Woran liegt es, daß beispielsweise im Jahre 1831 ein junger französischer Adliger in einem berühmten Buch die Voraussage wagte, es werde zu einer weltumfassenden Rivalität zwischen Nordamerika und Rußland kommen, obwohl seine Schrift den streng wissenschaftlichen Kriterien eigentlich kaum standhalten konnte?

Auf der anderen Seite wird der amerikanische Zukunftsforscher Herman Kahn erwähnt, der sich der raffiniertesten Mittel moderner Informationssammlungen bedient, um präzise zu einer Voraussage zu kommen, daß beispielsweise Indonesien erst im Jahre 2558 den amerikanischen Lebensstandard genießen wird, wobei allerdings dazu als Fußnote bemerkt wird, daß sich bis zum Jahre 2558 noch sehr viel ändern könne.

Dieses Spannungsverhältnis zwischen dem technokratischen und intuitiven Denken wird an weiteren Beispielen dargelegt, wobei es dem Verfasser darum geht, den Wert eines von innen kommenden menschlichen Denkens in den Vordergrund zu stellen.

Früher wußte man mehr, als man hersagen konnte. Heute ist es umgekehrt

Mit anschaulichen Beispielen und herzerfrischenden Außerungen steuert Lauxmann in den nächsten drei Kapiteln das Problem der Informationen an. Es geht ihm in der Hauptsache nicht darum, gegen die moderne Entwicklung zu kämpfen, sondern mehr darum, diejenigen menschlichen Eigenschaften zu erkennen und positiv aufzubauen, die uns dazu befähigen, den Maschinen überlegen zu sein. Hauptanliegen ist es, daß uns ein Denken und Fühlen erhalten bleibt, das über dem vordergründig berechenbaren Denken steht. Wir brauchen wieder ein Wissen, das "handlicher" ist oder, besser gesagt, "köpflicher", kein "verkopftes" Wis-

An vielfältigen Einzelbeispielen werden Grundlagen, Methoden und Einstellungen aufgezeigt und auch durch kleine Übungen vertieft, die den persönlichkeitsgeprägten Umgang mit Informationen ermöglichen. Vor allem geht es um die Vielfalt, um die Bewertung und um die Auswahl von Informationen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß sich bereits in früheren Jahrhunderten namhafte Persönlichkeiten mit diesen Problemen beschäftigt haben. So werden u. a. Meister Ekkart, Sören Kierkegaard, Johann Valentin Andreae (Gründer der Rosenkreuzer), Georg Christoph Lichtenberg, Laotse, Goethe, Schiller und Platon ge-

Zum Thema "Wissen" zwei Zitate des Verfassers:

 Nicht das zählt, was wir wissen können, sondern nur das, was wir tatsächlich wissen. Herausgegeben von der Pädagogischen Arbeitsstelle für Erwachsenenbildung in Baden-Württemberg, Stuttgart und Inzigkofen

Frieder Lauxmann: Lehrbuch DM 28, - ISBN 3-19-007516-6

Egon Dick/Frieder Lauxmann: Begleitheft DM 12,— ISBN 3-19-017516-0

Lexika-Verlag, 7252 Weil der Stadt

- Der Satz: "Wissen ist Macht" ist von zweifelhafter Gültigkeit. Genau so gut könnte man sagen: "Fettleibigkeit macht stark."

Wer Risiken eingeht, muß Mißerfolge einkalkulieren

Den Faktoren, von denen es abhängt, was wir aufnehmen, den Denk- und Verknüpfungstechniken, der Entscheidungsfindung sowie dem logischen und dialektischen Denken sind die weiteren

Kapitel gewidmet.
Wie wichtig es sein kann, nicht an einem einzigen Denkmuster festzukleben, wird an einigen Beispielen erläutert. So wird ein Versuch geschildert, bei dem einer Gruppe von Menschen der Auftrag erteilt wird, jeweils alleine zwei in einer Turnhalle herabhängende Seile zu verknüpfen. Der Abstand der Seile voneinander ist so groß, daß man mit dem einen in der Hand das andere nicht erreichen kann. Als einziges Werkzeug wird ein großer Stein geboten.

In dem Begleitheft können wir uns in die Lage einer Wandergruppe versetzen, die nach einer ganztägigen Wanderung am späten Nachmittag vor der Entscheidung steht, bis zum Dunkelwerden ihr angestrebtes Ziel, ein Gasthaus, zu erreichen, wobei sich insgesamt zwar vier Möglichkeiten bieten, die jedoch nicht alle ohne Risiken sind. Hierzu sei der Satz zitiert: Wer Risiken ausklammern will, schränkt damit nicht nur seine Entscheidungsfreiheit ein, sondern kann auch nur von einem kleinen Teil seiner Intelligenz Gebrauch machen.

Und vielleicht sollte man auch dem Bundesrechnungshof bei Gelegenheit mit der Aussage: "Ohne Recht auf Irrtum gibt es keinen Fortschritt" auf eine seiner Ausstellungen antworten.

Unser Denken ist umfassender, als wir es beschreiben können

"Lernen wir träumen, meine Herren, dann finden wir vielleicht die Wahrheit, aber hüten wir uns, unsere Träume zu veröffentlichen, ehe sie durch den wahren Verstand geprüft worden sind." August Kekulé, einer der bedeutenden Chemiker des 19. Jahrhunderts, der im Traum die Benzolformel entdeckte, hat diesen Ausspruch getätigt.

Das neunte Kapitel beschäftigt sich mit dem intuitiven Denken, dem Denken, das sich nicht beschreiben läßt. Dieses steht im Gegensatz zu dem funktionalen Denken, das jedoch – so Lauxmann – auf Dauer weder vom einzelnen Menschen noch von der Menschheit verkraftet werden kann.

Aus dem weiten Feld des nichtfunktionalen Denkens werden Begriffe wie Mythen, Märchen, Träume, sprachliche Bilder, ganzheitliches und mystisches Erfassen ausgewählt. Hierzu werden Aussagen geisteswissenschaftlicher Persönlichkeiten aus über zwei Jahrzehnten herangezogen.

Wir sollten uns nach der übertriebenen Ausrichtung auf das funktionale Denken wieder verstärkt der Intuition zuwenden, die oft mehr Informationen verarbeiten kann als der Computer.

Die eigene Meinung

Im zehnten und letzten Kapitel zeigt sich deutlich, daß es dem Autor nicht nur darum geht, vordergründig neue Erkenntnisse und Techniken zu verkaufen, wie wir es leider häufig bei dem derzeit reichhaltigen Informationsangebot finden. Hier stößt Lauxmann wirklich in die Tiefe und gibt zum Nach- und Weiterdenken Anlaß.

Man sollte dieses Kapitel in Muße mindestens zweimal lesen; denn hier werden wesentliche Dinge angesprochen, die unsere Persönlichkeit und unsere Entwicklung betreffen.

Denn unsere Gesellschaft, so sagt Lauxmann, brauche andere Persönlichkeiten als die, die sie züchtet. Es sollten Persönlichkeiten sein, die eine eigene Meinung haben, die agieren, statt reagieren, die aus eigenen Fehlern lernen, statt von fremden Irrtümern irregeleitet zu werden und die sich vor allem als Bestandteil der Welt und nicht als ihr Objekt empfinden. Alles in allem ein Buch, das es zu lesen lohnt, verständlich und flüssig im Stil, aber mit tiefschürfendem Inhalt. Man sieht sich und den Mitmenschen vielleicht in einem anderen Licht.

- "Der Mensch ist unzuverlässiger als die Maschine, deshalb begeht er Irrtümer, die ihm neue Wege weisen können."

- "Wer die Welt nur logisch sehen will, sieht die Logik, aber nicht die Welt."

Horst Plath

FRAGEBOGENAKTION BEI DEN FEFAS-PTT PENSIONÄREN

Mit einem persönlichen Anschreiben des derzeitigen Präsidenten der FE-FAS-PTT, des Kollegen Dr. Brauns-Packenius, wurden im August 1984 den einzelnen Bezirksvereinen Fragebögen mit der Bitte um Weitergabe an die in den Bezirken vorhandenen Pensionäre der FEFAS-PTT zugesandt, wobei die Bitte um einen möglichst großen Rücklauf ausgesprochen wurde. Zur Sache selbst sei noch einmal wiederholt, was Anlaß und Zweck dieser Fragebogenaktion war und ist:

Im Jahre 1981 hatten einige Pensionäre der Postverwaltungen der Bundesrepublik Deutschland, aus Belgien, Fankreich, Großbritannien, Italien und der Niederlande, die sich zu einer "Gruppe Pensionäre" im Rahmen der FEFAS-PTT zusammengeschlossen hatten, die Probleme erörtert, die den Pensionär beim Übergang von der aktiven Tätigkeit in den Ruhestand durch die damit verbundene Anpassung an ein verändertes Leben erwarten.

Bei einer erneuten Zusammenkunft anläßlich des FEFAS-Kongresses in Berlin 1982 wurde der Wunsch geäußert, einzelne behandelte Fragen zu vertiefen und allgemein die Information zu erweitern. Die französischen Kollegen erklärten sich bereit, unter Mitwirkung von Psychologen der französischen Postverwaltung einen Fragebogen zu entwerfen, der nach allgemeiner Zustimmung allen Pensionären der FE-FAS-PTT mit der Bitte um Beantwortung vorzulegen wäre. Beim Treffen der Pensionäre im Herbst 1983 wurde von den französischen Kollegen der Entwurf vorgetragen und darüber abschließend diskutiert, über dieses Treffen in Edinburgh und die Diskussion wurde in der VHP-Zeitschrift Heft 6/Dezember 1983 – Seite 18 – eingehend berichtet.

Die endgültige Fassung des Fragebogens liegt seit Ende Juni 1984 in französischer Sprache vor, sie wurde zu diesem Zeitpunkt den europäischen Mitgliedsgruppen übersandt mit der Bitte, eine sinngemäße Übersetzung unter Beachtung des Schemas und der Numerierung der Fragen zu fertigen und die Fragebögen den Pensionären des jeweiligen Landes zu übermitteln, was für den deutschen Bereich inzwischen erfolgt ist.

Nachdem nunmehr der Rücklauf bereits eingesetzt hat, erscheint doch eine Erinnerung an den im Anschreiben genannten Termin der Rücksendefrist am 1. November 1984 für zweckdienlich, verbunden mit der nochmaligen Bitte um möglichst vollzählige Beteiligung. Die deutsche Gruppe ist zwar die an Mitgliedern stärkste Gruppe in der FE-FAS-PTT, sie hat aber leider bisher durch geringe Beteiligung an den Veranstaltungen der FEFAS enttäuscht und damit bei den ausländischen Kollegen großes Bedauern und herbe Enttäuschung ausgelöst. Es besteht nunmehr Gelegenheit, durch rege Beteiligung an der Fragebogenaktion das Image der deutschen Kollegen zu verbessern, eine rege Beteiligung, die um so leichter fallen dürfte, als die Ausfüllung der gut vorbereiteten Fragebögen keine besonderen Aufwendungen an Zeit und Geld erfordern. Die angebotene Möglichkeit der anonymen Beteiligung sollte letzte Hemmungen beseitigen. Wir warten auf Ihre Antwort und bedanken uns für Ihre Teilnahme im Voraus.

Otto Barthel

PISS - DER DREHERFOLG

(Ein Beitrag des psychologischen Instituts für soziale Strategien, PISS.)

In einer Zeit, in der allmählich alles meßbar und verdatbar wird, muß es doch wohl auch möglich sein, den Erfolg in ein meßbares System zu bringen. Das PISS hat auf diesem Gebiet eine großangelegte Forschung betrieben und kann jetzt ein erstes Zwischenergebnis vorlegen.

Erfolg ist, wie schon das Wort sagt, die Folge von etwas, was vorausgegangen

ist. Aber was?

Die Firma Setasex hat einen "erfolgreichen" Werbefeldzug unternommen und den Absatz an reinseidener Reizwäsche um 6,6 % steigern können. Dieser Erfolg war eindeutig und meßbar. Ausgangspunkt dieser Erfolgsmeldung war das Bestreben, den Absatz und damit den Umsatz zu steigern. Aber gerade an dieser Tatsache wird die Fragwürdigkeit des Ergebnisses offenkundig. Geht man davon aus, das Ziel der Firma Setasex sei nicht ihr Umsatz, sondern der Erfolg all derjenigen Damen, die ihre Produkte tragen, dann wird es mit der Meßbarkeit schon etwas schwieriger. Woran mißt man den Erfolg reizwäschetragender Damen? Soweit die Wäsche gewerblich genutzt wird, ließen sich möglicherweise auch hier Umsatzzahlen ermitteln, wenn dies auch mit gewissen Schwierigkeiten verbunden sein dürfte. Wird die Wäsche aber außerdienstlich getragen, dann gibt es mehrere, i. d. R. nicht materielle Erfolgskriterien.

Ungelöst bleibt die Frage: was wollen wir mit unserer Arbeit erreichen? Darf man denn wirklich von all den Millionen Mitarbeitern in der Wirtschaft nichts anderes verlangen als nur einen Beitrag zur Umsatzsteigerung ihres Unternehmens? Gibt es jenseits der Bilanzen keine Erfolgserlebnisse?

Die Firma Bröckler und Riß GmbH & Co KG hat für 27 Millionen eine Brücke gebaut. Gewinn für die Firma 6 Millionen. Nach fünf Jahren zeigen sich gefährliche Risse im Beton und es wird erwogen, die Brücke im Interesse der Verkehrssicherheit durch eine neue zu ersetzen. Es stellte sich aber folgendes heraus:

a) der Beton war nach amtlichen Normen gemischt und die Bauarbeiten von staatlichen Stellen überwacht worden, b) die Herren Bröckler und Riß haben inzwischen ihre Firma liquidiert. Bröckler betreibt jetzt einen Golfclub auf Rhodos und Riß ist freischaffender Berater eines Finanzmaklers aus Panama geworden. Beide schwärmen immer noch von dem großen Erfolg, den sie mit ihrer Baufirma hatten.

In der öffentlichen Verwaltung sieht so etwas ganz anders aus. Wer hat hier wo

welchen Erfolg?

Sieht man eine Behörde als Ganzes, dann kann es ihr darauf ankommen "effizient" zu arbeiten und ihre Effizienz als Erfolgserlebnis verbuchen. Etwa nach dieser hochbedeutsamen Gleichung, die vor Jahren ein erfolgreicher Professor aufgestellt hat:

Effizienz =
Gesellschaftlicher Nutzen der
Maßnahme

Kosten der Maßnahme

Unmathematisch ausgedrückt heißt das: eine Behörde arbeitet dann erfolgreich, wenn sie einen hohen gesellschaftlichen Nutzen hervorbringt, der den Steuerzahler möglichst wenig kostet. Wer wollte dieser Einsicht widersprechen?! Aber: es mag ja gerade noch möglich sein, wenn auch meist unter großen Schwierigkeiten, die Kosten einer Maßnahme zu berechnen, aber wie mißt und berechnet man den gesellschaftlichen Nutzen? Weiß das jemand?

O Man kann die Zahl der Studienplätze, die man geschaffen hat, erfassen. Gesellschaftlicher Nutzen?

- O Man kann die Zahl der Ämter, die man im Rahmen einer Verwaltungsreform aufgelöst hat, zählen. Gesellschaftlicher Nutzen?
- O Man kann die Zahl der "Breitbandkabelkilometer", die man verlegt hat, feststellen. Gesellschaftlicher Nutzen?
- O Man kann die Zahl der Widerspruchsbescheide, die das Regie-

rungspräsidium erlassen hat, statistisch ermitteln. Gesellschaftlicher Nutzen?

 Ein Ministerium kann eine Steuerreform mit zahlreichen Normen erarbeiten und durchsetzen.
 Gesellschaftlicher Nutzen?

Es mag sein, daß in all den hier geschilderten Beispielen der (vermutlich irrelevante) gesellschaftliche Nutzen in einer großen Zahl von Beförderungen und Bundesverdienstkreuzen gipfelt. Insoweit haben die Behörden und ihre leitenden Beamten erfolgreich gearbeitet. Letzten Endes ist das ein Erfolg, der sich von dem der Firma Setasex ein bißchen unterscheidet, aber, seinen wir mal ganz ehrlich, so arg groß ist der Unterschied doch nicht. Es geht letzten Endes auch nur um das, was sich verdaten läßt.

Nun gibt es aber auch Erfolge auf kulturellem Gebiet. Es gibt z. B. erfolgreiche Komponisten. Ralph Siegel, der das Lied "Ein bißchen Frieden" abgeschrieben, publiziert und gemanagt hat, ist ein erfolgreicher Komponist. Franz Schubert hingegen, der zu Lebzeiten fast nichts veröffentlichen konnte, war erfolglos.

Es gibt erfolgreiche Künstler. Es ist z. B. ein Erfolg, wenn man einer Galerie seine eigenen - zum Glück durch Folie geschützten - Exkremente als Kunstwerk andrehen kann, wie es dem allseits durch öffentliche und private Mittel als Kunstzar unserer Zeit gefeierten Hutträger Joseph B. gelungen ist. Es ist ein Erfolg, wenn ein Bundesland diesem Kunstler in einer irrsinnig teuren Staatsgalerie zwei große Säle als Dauermuseum einrichtet, während der Maler Jerg Ratgeb, dessen Bilder ein paar Säle weiter im gleichen Museum hängen und der wirklich aufregend malen konnte, im Jahr 1526 während des Bauernkriegs auf grauenvolle Weise gevierteilt wurde. Oft trifft es eben mal die Falschen. Ertolg wie Missertolg.

Wenn wir uns nach dem Erfolg fragen, dann müssen wir wissen, woran wir ihn

LESERBRIEF BT-ANFRAGE

PISS-Test: Sind Sie zufrieden mit Ihrem Beruf?

messen wollen. Geht es uns um die Wirtschaftlichkeit unseres Unternehmens, bzw. unseren Beitrag hierzu? Geht es um Einkommen, Karriere und Auszeichnungen, dann lassen sich solche Erfolge anhand äußerer Bedingungen feststellen. Andere Erfolgserlebnisse lassen sich allenfalls subjektiv empfinden.

Leider haben Erfolge die Eigenschaft, daß sie nicht anhalten. Sie welken schnell. Ein gewonnenes Fußballspiel ist bald vergessen, wenn die folgenden Spiele verloren gehen. Nichts ist welker als ein welker Lorbeerkranz. Nicht immer geht es so zu wie in der folgenden

Geschichte.

Als Mark Twain sich einmal in Deutschland eine Wagneroper ansah, erntete am Schluß die Brünhilde frenetischen Beifall. Mark Twain fragte seinen Nachbarn, warum die Leute so klatschen, die Dame könne doch überhaupt nicht singen. Darauf sagte dieser: Mag ja sein, aber wie die vor zwanzig Jahren herrlich singen konnte, das hätten sie hören müssen.

Schon die alten Römer wußten dies, wenn sie treffend auf Lateinisch (damals konnte man das noch) bemerkten: sic transit gloria mundi.

Als ganz neuer Ansatz für die Feststellung des Erfolgs empfiehlt sich das sogenannte Windmühlensystem.

Worin besteht der Erfolg der Windmühle? Sie ist erfolgreich, wenn sie sich dreht. (Wer redet da vom Wind?) Sie ist erfolglos, wenn sie stehenbleibt.

Wer ist schuld? Der Wind. Das PISS empfiehlt daher folgende Strategie:

- 1. Wer Erfolg haben will, muß erkennen lassen, daß er etwas bewegt.
- 2. Wer vom Wind lebt, muß die andern davon überzeugen, daß er selbst den Wind macht.
- 3. Es ist unschädlich, und für den Erfolg sogar nützlich, sich im Kreise zu drehen.
- 4. Wer Erfolg haben will, muß sich nach dem Wind richten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihrem in Heft 1/84 veröffentlichten Test des Psychologischen Instituts für soziale Strategien habe ich mich mit viel Interesse unterzogen. Dabei bin ich zu einem niederschmetternden Ergebnis gekommen. Nicht, daß ich bei einer perfektokratischen Bundesbehörde arbeite, nein, das niederschmetternde ist, daß ich mich gar nicht arm, sondern wohl fühle und mir die Arbeit Spaß macht.

Als ich diese Erkenntnis gewonnen hatte mußte ich mir die Frage stellen, ob der Test überhaupt wissenschaftlich ist, da eine solche Antwort nach den Testergebnissen überhaupt nicht vorgesehen ist. Nach genauer Analyse komme ich zu dem Ergebnis, daß es sich um einen PISS-Test handelt, einen pseudowissenschaftlichen, irrsinnigen, systematischen Schwachsinn.

Pseudowissenschaftlich, weil er unvollständig ist. Es fehlt z. B. überall eine mit O Punkten bewertete Antwortmöglichkeit. Irrsinnig deshalb, weil ich es irrsinnig gut finde, sich mit den angesprochenen Problemen zu beschäftigen. Systematisch sind sinnvolle Fragen vermieden worden, so daß das ganze nur Schwachsinn sein kann.

Dennoch sehe ich weiteren PISS-Tests mit größtem Interesse entgegen, zumal wenn damit weiterer PISS (permaneninkonsequenter, süffisanter Schwindel) aufgedeckt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen Horst Kunz

PS: Einer Veröffentlichung dieser Ausführungen steht nichts entgegen, es sei denn, sie würden PISS (partiell infragegestellt, sachfremd oder sinnentstellt) wiedergeben.

Abgeordneter Conrad (Riegelsberg) (CDU/CSU)

Wie ist es angesichts der Feststellungen der Bundesregierung, die in der Vergangenheit mehrfach die Gleichwertigkeit von Universitäts- und externen Fachhochschulstudiengängen betont hat, zu verstehen, daß die Anfangsgehälter für Ingenieure, die als Beamte ihre Laufbahn im öffentlichen Dienst beginnen, je nach Studienabschluß noch immer um drei Stufen innerhalb der Besoldungsordnung A differieren und die Fachhochschulabsolventen bestenfalls ihre Karriere in der Besoldungsgruppe beenden, die für die Universitätsabsolventen als Einstieg vorgesehen ist?

Hält es die Bundesregierung – auch im Hinblick auf die bestehenden Einkommensunterschiede zur privaten Wirtschaft - nicht für geboten, diese gravierenden Differenzierungen in der Besoldung und den Fortkommensmöglichkeiten beider Hochschulabsolventengruppen schrittweise abzubauen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Waffenschmidt vom 4. April.

Nach dem gesetzlich festgelegten Grundsatz der funktionsgerechten Besoldung (§ 18 BBesG) sind die Funktionen der Beamten, Richter und Soldaten nach den mit ihnen verbundenen Anforderungen sachgerecht zu bewerten und Amtern zuzuordnen. Unterschiedliche Anforderungen erfordern unterschiedliche Einstufungen; die gesetzlichen Besoldungsvorschriften sehen daher für den gehobenen und höheren Dienst verschiedene Eingangsamter vor.

Für die Laufbahnen des höheren Dienstes werden von den gesetzlichen Laufbahnvorschriften ein mindestens dreijähriges mit einer Prüfung abgeschlossenes Studium an einer Hochschule sowie ein Vorbereitungsdienst von mindestens zwei Jahren gefordert. Für den gehobenen technischen Dienst wird ein



dreijähriges Studium an einer Fachhochschule gefordert, dem sich ein verkürzter Vorbereitungsdienst von in der Regel einem Jahr anschließt.

Zu den grundlegenden Unterschieden zwischen den Fachhochschulen und den wissenschaftllichen Hochschulen hat sich das Bundesverfassungsgericht in der Begründung zu seinem Urteil vom 29. Juni 1983 (2 BvR 720/79 u. a.) geäußert und dabei u. a. ausgeführt, daß sich die Fachhochschulen von wissenschaftlichen Hochschulen bereits nach ihrem Auftrag unterscheiden. Im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Hochschulen stehe die Pflege und Entwicklung der Wissenschaften. Demgegenüber sei Hauptaufgabe der Fachhochschulen die Ausbildung der Studenten auf wissenschaftlicher Grundlage. Die Ausbildung, die den Studenten an wissenschaftlichen Hochschulen Fachhochschulen zuteil werde, lasse sich dahin gehend charakterisieren, daß die wissenschaftlichen Hochschulen eine umfassende vertiefte wissenschaftliche Ausbildung vermitteln, die den Studenten befähigt, einen Beruf seiner Wahl auszuüben, während der Schwerpunkt der Ausbildung an Fachhochschulen auf der Vorbereitung für eine bestimmte berufliche Tätigkeit liege, deren Ausübung die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden erfordert.

Im übrigen ist zu erwähnen, daß die Beamten des gehobenen technischen Dienstes im Vergleich zu den Beamten des gehobenen nichttechnischen Dienstes ein höheres Eingangsamt und günstigere Stellenverhältnisse haben; außerdem wird ihnen eine Technikerzulage gewährt. Durch die Absenkung der Eingangsbesoldung gemäß § 19 a Abs. 1 BBesG liegt die Eingangsbezahlung für die Beamten des höheren Dienstes ab 1. Januar 1984 unterhalb der Besoldung im Spitzenamt des gehobenen Dienstes.

Wie sich aus dem Inhalt der übrigen Antworten ergibt, beabsichtigt die Bundesregierung einen derartigen Abbau nicht.

Stefan (zum Vater): Als du neulich sagtest, daß Märchen trotz Comics, Film, Fernsehen und Video doch noch eine Bedeutung haben, wollte ich zuerst dieser Theorie eigentlich überhaupt nicht folgen, sondern heftig dagegen anmotzen. Ich habe es aber dennoch, deinem weisen Rate folgend, noch einmal überschlafen und muß eingestehen, daß du gar nicht so unrecht hast.

So habe ich es dann gewagt, mir zwar nicht ein Märchen mit geheimnisvollen Symbolen, sondern nur eine einfache Geschichte aus dem grauen Postalltag auszudenken, die sogar ein Fünkchen Wahrheit enthält. Höre sie dir einmal

Der Planer Sebastian Knoll war gerade eifrig damit beschäftigt, die Planung für den Erweiterungsbau des Postamtes Kleinhusen zum zweiten Male zu überarbeiten, weil sich dem Bauherrn neueste betriebliche Erkenntnisse offenbart hatten, bzw. ihm von höherer, berufenerer Stelle offenbart hatten, als sein Referatsleiter ihm eine neue, weitaus dringendere Aufgabe auf den Tisch legte. Sofort, noch heute müsse er sich diesem Vorhaben widmen, da es binnen eines Jahres betriebsfertig zu übergeben sei.

Einzelheiten dieser Planung wollen wir uns hier ersparen. Nur so viel sei gesagt, es handelte sich um die Projektierung einer fernmeldetechnischen Einrichtung, die scheinbar ungeheuer notwendig war, um der herrschenden Medienarmut entgegenzuwirken und der breiten Masse noch mehr nutzlose Zeit abzunehmen, Zeit, die sie sonst vielleicht mit anstrengender und kreativer Arbeit vergeuden könne. Aber, wie gesagt, Einzelheiten interessieren hier nur insoweit, als daß bei der Planung dieser Entwurfsaufgabe sehr viele, unterschiedlich große Kreise und Kreissegmente aufs Papier zu bringen waren. Kurzum, man könnt hier von einer durchaus runden Sache sprechen.

Der Planer Sebastian Knoll machte sich also flink an die Arbeit. Bald waren seine Ideen so weit gereift, daß er die notwendigen Kreise zeichnen konnte.

Er griff zum Zirkel, setzte ihn an und wollte schon mit dem ersten Zirkelschlag beginnen. Da kam es zur Katastrophe! Ausgerechnet jetzt gab das Zirkelgelenk seinen Geist, d. h. seine Schraubverbindung auf. Das Ergebnis des nun lose hin und her schlotternden Schenkels war nur noch eine anmutige Wellenkurve. Als exakte Kreislinie konnte man sie beim besten Willen nicht mehr bezeichnen. Ein Nachziehen der Schraube führte zum vollständigen Bruch und zur Auflösung des Zir-

Sebastian Knoll, von der Dringlichkeit seines Projektes restlos überzeugt, begab sich sofort zur Materialverwaltungsstelle seiner Abteilung, exakt im Behördendeutsch als "dezentrale Verbrauchsstelle" bezeichnet. Diese Stelle sollte übrigens dank der vorausschauenden weisen Vorgaben im Rahmen der Neuorganisation aufgelöst und in die zentrale Beschaffungsstelle eingegliedert werden, damit alles viel übersichtlicher, wirtschaftlicher und besser sei. Bei dieser, jetzt noch dezentralen Verbrauchsstelle trug also Sebastian Knoll seine Bitte nach der Aushändigung eines neuen Zirkels vor.

Der Materialverwalter Justus Jebegern mußte ihm jedoch eine wenig erfreuliche Antwort geben, nämlich daß leider eine ständige Lagerhaltung solcher, nur selten benötigter Geräte nicht möglich sei, da Rechnungshof und Vorprüfungsstelle darauf bedacht waren, die Raumausnutzung stets optimal und

wirtschaftlich zu halten.

Justus Jebegern als hilfsbereiter Kollege griff jedoch sofort zum "Verzeichnis der Gegenstände der Dienstausstattung" und schrieb auf dem so bezeichneten "Verlangzettel" eine sofortige Antorderung des Gegenstandes Nr. 456 911 (Zirkel) aus. Binnen zweier Wochen, so sei es schriftlich verfügt, werde die zentrale Stelle für den Materialeinkauf im Hause für eine Ersatzbeschaffung dieses Regelbedarfs sorgen. Sebastian Knoll war verständlicherweise wenig erfreut über diese Situation, zumal ihm das Projekt als äußerst dringlich ans Herz gelegt worden war. Er konnte doch unmöglich eine Sollterminverzögerung starten mit der Begründung, daß die Planungsfertigstelleung nicht eingehalten werden könne, nur weil es an einem kleinen Zirkel

mangele.

So behalf er sich, indem er die notwendigen Kreise mit Hilfe vieler Ersatzinstrumente zeichnete. Sein häufiger Besuch in der Kantine hätte beinahe die Bauabteilung in den üblen Verruf einer nichtsnutzigen Kaffeetrinkerabteilung gebracht. Aber das wäre eine vorurteilsvolle Fehlinterpretation. Der eigentliche Grund für diese Kantinenbesuche war die Feststellung, daß bestimmte Teller, Tassen, Marmeladendosenverschlüsse und Eierbecher haargenau den Durchmessern der zu konstruierenden Kreise entsprachen. Im Notfall half ihm auch noch die alte herkömmliche Art, Kreise mit Hilfe eines straff gespannten Bindfadens zu ziehen. Bindfäden waren zur Zeit in der Materialverwaltung in ausreichender Menge verfügbar.

So wurden die Projektzeichnungen dank der Bemühungen des Planers Sebastian Knoll termingerecht fertig.

Dennoch erlaubte er sich nach Ablauf von vier Wochen die bescheidene Anfrage, wie weit denn nun die Beschaffung seines Zirkels gediehen sei. Leider war die Antwort des Materialverwalters Justus Jebegern noch negativ. Der Zirkel sei noch nicht eingetroffen. Hierbei traf den Kollegen Jebegern durchaus kein Vorwurf. Er hatte nämlich sofort bei der zentralen Stelle nachgefragt. Er erhielt die Antwort, die Bestellung sei an das zentrale Amt im süddeutschen Raum weitergegeben worden. Man bemühe sich weiterhin, und er möge sich noch eine Weile gedulden.

Eine erneute Anfrage - jetzt waren insgesamt elf Wochen vergangen, und Sebastian Knoll war nach einem wohlverdienten Urlaub bereits wieder mit dem Erweiterungsbau des Postamtes Kleinhusen, diesmal mit der dritten Änderungsversion befaßt – brachte leider auch noch kein Ergebnis. Sebastian Knoll war fast ein wenig stolz, wenn er sich vorstellte – denn als Planer hatte er eine lebhafte Phantasie zu haben –, was alles im Unternehmen unternommen wurde, damit er als wichtige Einzelperson seinen benötigten Zirkel bekommen würde.

Vielleicht wurde erst eine Entscheidungsanalyse durchgeführt und ausgewertet, ob eine Neubeschaffung oder eine Wiederverwendung ausgemusterter Zirkel nach entsprechender Reparatur wirtschaftlicher sei. Oder wurde gar eine Abfrage an alle Direktoren gestartet, ob irgendwo noch ein solches Instrument entbehrlich sei und im Rahmen eines überbezirklichen Ausgleichs zur Verfügung gestellt werden könnte? Sebastian Knoll konnte sich in Gedanken dieses Bild in bunten Farben ausmalen, wie entsprechende Anschreiben verfaßt, geschrieben und verschickt wurden. Sicherlich wurde sogar die Hilfe moderner Kommunikationsmittel, wie Telefax- oder Bildschirmeinrichtungen benötigt, um schnell zu gesicherten Ergebnissen zu kommen. Wie gut, daß wir im technisierten zwanzigsten Jahrhundert und nicht im finsteren Mittelalter leben!

Sebastian Knoll hatte auch vollkommenes Verständnis dafür, daß man ihm nicht einfach gestatten konnte, zum nächsten Zeichenfachgeschäft in die Stadt zu fahren und sich dort einen Zirkel auf Rechnung der Bundespost zu kaufen. Wie sollte man die anfallenden Fahrkosten, den Zeitausfall und den Mehrpreis gegenüber der zentralen Beschaffung so schlüssig begründen, daß auch der Rechnungshof diese Abweichung von bestehenden Regelungen anerkennen könnte?

Hinzu kam noch die Erkenntnis, daß ja eine Ausschreibung im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft sicherlich erheblich günstigere Angebote bringen

So verging wieder einige Zeit.

Aber in einem ordentlichen Haushalt geht nichts verloren. Diese fast gesetzmäßige Aussage bewahrheitete sich auch in diesem Fall. Nach insgesamt vierzehn Wochen, Sebastian Knoll dachte schon gar nicht mehr an seinen bestellten Verbrauchsartikel, klingelte bei ihm das Telefon. Ihn erreichte die frohe Botschaft des Materialverwalters Justus Jebegern, daß er nun seinen Zirkel abholen könne.

Es war gerade im richtigen Augenblick; denn abermals hatte er kurz zuvor den eiligen Planungsauftrag erhalten, eine neue runde Sache zu entwerfen. Derartige Projekte schienen wohl zur Zeit

in" zu sein.

So konnte er also das lange entbehrte Objekt freudigen Herzens in Empfang nehmen und zu neuen Taten, sprich, zu neuen Kreisen ansetzen. Das tat er dann auch. Vielleicht aber mit einem zu großen Elan. Denn ehe der dritte Vollkreis vollendet war, gab es einen leisen Knack. Der neue Zirkel, vielleicht das preisgünstigste Angebot im Rahmen weltweiter Ausschreibung, war wohl eher für zarte asiatische Hände als für germanische Pranken gedacht. Mit einer abgebrochenen Spitze war er nur noch unvollkommen für den eigentlichen Zweck zu verwenden.

Also begab sich der Planer Sebastian Knoll abermals zur Materialbeschaf-

fungsstelle, um hier . . .

Und wenn er nicht inzwischen in den wohlverdienten Ruhestand getreten ist, so geht die endlose Geschichte immer wieder von vorne los.

(Anmerkung des Märchenschreibers: Anfang und Unende der Geschichte sind frei erfunden. Die zeitlichen Angaben entsprechen leider voll den Tatsachen)

Horst Plath

PERSONAL-VERÄNDERUNGEN

Amtsblattauszüge Februar-August 1984, bearbeitet von Otto Barthel

Ernennungen:

zum VPr einer OPD der APräs Wilfried Ecker bei der OPD Düsseldorf; zum LtdPDir die OPDir Dipl.-Ing. Klaus Schunke beim FA 1 Hannover, Dipl.-Ing. Manfred Pickert beim FA1 Bremen, Dipl.-Ing. Johann Kemper beim FA 3 Düsseldorf, Gerhard Pschollkowski bei der LPD Berlin, der PDir Dipl.-Ing. Rüdiger Slabon beim

FTZ Darmstadt;

zum PDir die POR Norbert Behle bei der OPD Köln, Werner Buchwald bei der OPD Frankfurt/Main, Dipl.-Ing. Hartwig Litta beim FTZ Darmstadt, Otmar Nitsch bei der OPD Köln, Walter Schöll bei der OPD Frankfurt/ Main, Dipl.-Kfm. Wolfjürgen Wenzel beim PA Mayen, Dipl.-Ing. Hermann Hofer beim FTZ Darmstadt, Dipl.-Ing. Herbert Zinn bei der OPD Köln, Dipl.-Ing. Hans Dölle beim FZA Hannover, Dipl.-Ing. Gerhard Köhler beim FA Neustadt, Dipl.-Ing. Lothar Franke beim PTZ Darmstadt, Werner Kohl, Dipl.-Ing. Dipl.-Ökonom Uwe Rabe beim BPM Bonn, Dipl.-Kfm. Klaus Schachl, Rainer Schimmig beim PTZ Darmstadt.

Versetzungen:

APräs Dipl.-Ing. Gottfried Fischer von der LPD Berlin zur OPD Düsseldorf; LtdOPDir Dipl.-Ing. Hartmut Jankun vom FA Braunschweig zur OPD Hannover/Braunschweig unter Umbenen-

nung zum APras;

OPDirn Regina Niehues von der OPD Köln zur OPD Hannover/Braunschweig, OPDir Fritz Engeln von der OPD Kiel als AV beim PA Kiel 1, Benediktus Lindacher vom PGiroA Stuttgart zur OPD Stuttgart, Hans-Peter Kilian von der LPD Berlin als AV beim PA Berlin 31, Dipl.-Ing. Hans Gerd Honemeier vom FA Krefeld als AV beim FA Wesel, Dipl.-Ing. Helmut Kob von der OPD Hannover/Braunschweig als AV beim FA Braunschweig;

PDir Peter Abolins vom PA Hamburg 80 als AV beim PSA Hamburg, Werner Fleischhauer vom PA Siegen als AV beim PA Hamm 1, Dipl.-Ing. Heinz Dieter Köttgen von der OPD Düsseldorf als AV Beim FA 2 Düsseldorf, Dipl.-Ing. Klaus Münch vom FZA Düsseldorf als AV beim FA Krefeld, Günter Schütte von der OPD Hannover/ Braunschweig als AV beim PGiroA Hannover, Dipl.-Ing. Jörg Stiller vom FA 3 Düsseldorf zur OPD Düsseldorf, Jürgen Haß vom BPM Bonn als AV beim FA Bonn, Dipl.-Ing. Wolfgang Schmitt vom BPM Bonn als AV beim FA Rottweil.

Ruhestand:

MinR Dipl.-Ing. Rudolf Binz, Dr. Hans Jäger, Dr. Herbert Schmitz vom BPM

APräs Horst Dieckhoff von der LPD Berlin;

Direktor u. Professor Dipl.-Ing. Richard Meisel vom FTZ Darmstadt; LtdPDir Heinrich Simon von der OPD Stuttgart, Werner Kühn vom PGiroA Hannover, Werner Sievers von der OPD Hannover/Braunschweig;

OPDir Dipl.-Ing. Ewald Rossmeisl von der OPD München, Eberhard Lösken vom FA Wesel, Dipl.-Kfm. Dr. Werner Niederhaußen vom PA Aschaffenburg, Hans Blümm vom PA München 2, Bertram Raczek von der OPD Saarbrükken, Dipl.-Ing. Fritz Schreitmüller vom FA Rottweil:

PDir Dipl.-Ing. Hugo Kukureit vom FA Braunschweig, Alfons Nieländer von der OPD Münster, Günter Lier von der OPD Hannover/Braunschweig.

Sterbefälle:

MinR a.D. Dipl.-Ing. Heinrich Götzger in Lindau/Bodensee; VPr a.D. Werner Schormann in Hamburg 65;

APräs a.D. Erich Buch in Malsch; LtdOPDir a.D. Dipl.-Ing. Alfred Spelten in Münster;

LtdOPDir Dr. Werner Baden vom PA Hamburg 3;

OPDir Dipl.-Volksw. Hans-Werner Preuß vom FA Hamm;

OPDir a.D. Karl Scharf in Kronberg; Dipl.-Ing. Friedrich Jochem in Hamburg 55;

Walther Steinmann in Aachen.